



# Verbands-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Verbands-Anzeiger

Nr. 15

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.  
Abonnementspreis M. 1,50 pro Quartal.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,  
Clara-Brock-Straße 1, Fernnr. 5, 8246.

hamburg, den 8. April 1916

Anzeigen kosten die fünfgesparte Non-  
pareilzelle oder deren Raum 50 Pf. (der  
Beitrag ist stets vorher einzuführen).  
Verbandsanzeigen kosten 25 Pf. die Zelle.

30. Jahrg.

## Auf zur Frühjahrsagitation!

Monat um Monat vergeht, indes der unselige Weltkrieg alle Kulturarbeit das Streben nach sozialem Aufstieg der Arbeitersklasse in Fesseln schlägt. Nahezu Jahre schon kämpfen wir ratslos und mit Aufbietung all unserer organischen Kräfte, um wenigstens die schlimmsten Wirkungen der gewaltigen Zeit-  
gnisse von der Arbeiterschaft, von unsrer Kollegen und vom eigenen Lande zu halten. Und dennoch liegt die Zukunft hoffnungsloser als je vor uns. All  
en Wünschen auf einen baldigen dauernden Frieden, der, bei aller Gerechtigkeit  
feindlichen Auslands gegenüber, die politische Unabhängigkeit und die wirt-  
schaftliche Bewegungsfreiheit Deutschlands nicht bedroht, steht selber die Absicht  
mit uns kriegführenden Regierungen gegenüber, erst Frieden zu schließen,  
in unser Land politisch zerstückelt und wirtschaftlich ruiniert ist. Der von der  
sich organisierten Arbeiterschaft und ihrer parlamentarischen Interessenvertretung,  
sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, seit dem 4. August 1914 bis auf den  
Tag immer wieder verkündete Friedenswillen wird selbst von den Sozialisten  
feindlichen Auslands hochmütig zurückgewiesen und als Ausfluss von Schwäche  
ist. Dagegen ruft man zu einer Fortsetzung des Krieges bis zur Vernichtung  
Deutschlands auf ungeachtet der weiteren Opfer an Gut und Blut, die danach von  
Völkern noch zu bringen sind und trotzdem nicht die Kapitalisten, sondern die  
durch die Folgen eines wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruches des  
Landes zu tragen hätten.

So müssen wir denn zu unserer größten Betrübnis mit einer weiteren Dauer  
unheilsamen Krieges rechnen, hoffend, daß auch im Auslande bald die bessere  
Zeit siegt.

Dennoch dürfen wir nicht erlahmen in unserem Eifer und nicht  
weisen an der Gerechtigkeit unserer Sache. Gerade jetzt zu Beginn  
Frühjahrs müssen wir vielmehr alle Kraft zusammenfassen, um nicht nur für  
Augenblick Vorteile zu erringen, sondern um nützliche Vorarbeit zu leisten für  
Wirken im Zeichen des kommenden Friedens. Je unermüdlicher wir gegen-  
arbeiten, desto größer unsre organisatorischen Erfolge nach Abschluß  
Krieges.

Wohl müssen jetzt mehr als 25 000 Verbandsmitglieder Kriegsdienst leisten,  
die sind in fremden Berufen tätig; schwer drücken auch die Teuerung und  
Schmerz um die Leiden und den Verlust lieber Angehöriger und Berufs-  
en die Taikraft so manches bisherigen Mitspielers herab. Doch was hilft's:  
dürfen trotzdem den Mut nicht sinken, der Entwicklung der  
ältnisse nicht augenstört ihren Lauf lassen.

Gerade jetzt müssen wir mit mehr Nachdruck als sonst unsere infolge des  
doppelt großen Aufgaben zu erfüllen trachten. So hat denn auch unser  
und nicht nur seine finanzielle Kraft in den Dienst unserer Mitglieder und  
Familien durch die Wiedereinführung des Statuts und durch darüber hinaus  
neue Unterstützungen gestellt, sondern auch die Aufrechterhaltung der früher  
steten Lohn- und Arbeitsverhältnisse ermöglicht.

Der Leistungsfähigkeit der Organisation, ihrem Ansehen und  
während des Krieges bewiesenen Unermüdlichkeit gelang es  
trotz der Ungunst der Verhältnisse eine Lohnerhöhung in Form  
Teuerungszulage durchzusetzen und unsere tariflichen Arbeitsverhältnisse  
weiter auf ein beziehungsweise zwei Jahre hinaus zu sichern.

Entspricht die Teuerungszulage von 5 und 6 % auch nicht allen unjern-  
schen und bleibt sie hinter der tatsächlichen Teuerung auch weit zurück; ohne  
e Organisation hätte man nicht einen einzigen Pfennig bewilligt. Viel eher  
in die Löhne, wie es bald nach Kriegsausbruch nicht selten versucht wurde,  
untergebracht worden.

Darum ist es Pflicht aller Kollegen, für das weitere Vorwärts-  
sitten unserer Organisation zu wirken.

Die Teuerungszulage ist nach ausdrücklicher Vereinbarung in  
der Höhe als Zuschlag zu den bisher gewährten oder später er-  
höhten Löhnen zu zahlen. An Arbeiter, die nach dem 1. März eingetreten  
sind sie als Zuschlag zu den mindestens tarifmäßigen Löhnen voll zu zahlen.

Kollegen! An Euch liegt es nun, für die Durchführung der seitgestellten  
Lohnerhöhung in allen Werkstätten nachdrücklichst einzutreten.

Sagt aber auch den unorganisierten Kollegen nicht nur, was es bedeutet,  
in solch schwerer Zeit bei ungünstiger Geschäftslage eine, wenn auch noch so  
selbstverständliche und wohlbegründete Erhöhung des Lohnes für alle Arbeiter  
unsres Gewerbes durchzuführen! Sagt ihnen auch, daß unser Verband allein in  
den beiden Kriegsjahren 1914 und 1915 an seine Mitglieder ausgegeben hat  
für: Krankenunterstützung M. 414 451, Arbeitslosenunterstützung M. 181 419,  
Familien der Kriegsteilnehmer M. 102 984, Sterbeunterstützung M. 50 260, Reise-,  
Mafregelungs- und Streikunterstützung M. 74 598.

Und das Vermögen unserer Organisation, das durch die letzte Aus-  
sperrung so stark geschwächt wurde, betrug Ende des Jahres 1913 M. 720 108,  
am Ende des zweiten Kriegsjahrs 1915 aber trotz aller großen finanziellen  
Leistungen, trotz Einführung der Arbeitslosenunterstützung M. 825 450, einschließlich  
der Außenstände in den Filialen sogar M. 925 882,13.

So groß aber auch die Aufgaben sind, die wir jetzt zu erfüllen haben,  
noch größere Aufgaben stehen uns bevor. Es ist daher Ehrenpflicht aller vom  
Militärdienst noch verschonten Kollegen, die sonst von den Eingezogenen geleisteten  
Arbeiten zu erfüllen.

Wer da den Mut sinken läßt, wer angesichts der gewaltigen Opfer, die die  
Kollegen in den Kasernen und in den Schlachengräben an Gut und Blut zu  
bringen haben, wegen einiger Groschen Beitrag sogar der Organisation fernsteht,  
der handelt, so schwer auch manchem Kollegen jetzt die ungünstigen Wirtschafts-  
verhältnisse drücken, doch kurzfristig und kleinlich, aber auch unverantwortlich seiner  
eigenen Person und der Allgemeinheit gegenüber.

Wer jetzt unorganisiert beiseite steht, jetzt, wo der hohe soziale und sitzliche  
Wert der Organisation auch dem Unbesten sinnfällig und selbst von uns  
schlimmsten Gegnern unumwunden zugegeben wird, der ladet eine schwere Schuld  
auf sich. Niemals ist die unabdingte Notwendigkeit der Organisation deutlicher  
in Erscheinung getreten als an der Weltentwende, die wir jetzt erleben.

Darum auf, Kollegen, zur Arbeit für unsre Organisation!  
Was bedeutet das, was diese vom einzelnen fordert angesichts der von ihr  
gewährten Vorteile und erzielten Errungenschaften gegenüber dem, was die  
Kollegen opfern, die Kriegsdienst leisten müssen oder was allein schon für Lebens-  
mittel und andere notwendige Bedarfssachen jetzt mehr als sonst ausgegeben  
werden muß?

Ist erst der Krieg vorüber, so gilt es, dem dann sicher auch noch  
ferner anhaltenden Druck der Teuerung durch weitere Erhöhung der  
Löhne entgegenzuarbeiten, soll nicht Unterernährung, Krankheit und  
frühzeitiges Siechtum die Kollegen heimsuchen. Unser Beruf ist  
wieder auf eine sachliche und wirtschaftliche Höhe durch gemeinsame  
soziale und erzieherische Maßnahmen zu bringen. Der Arbeits-  
losigkeit muß gesteuert und die ihr dennoch zum Opfer fallenden  
Arbeiter müssen durch ihre Organisationen und die Allgemeinheit  
unterstützt werden. Groß sind unsre Verpflichtungen den kriegs-  
beschädigten Berufsgenosse gegenüber. Die sicher kommenden  
Steuerlasten müssen in erster Linie auf die Schultern der Reichen  
kommen. Wir müssen uns ein ungeschmälertes Koalitionsrecht, die  
volle Anerkennung unserer Organisationen, die Gleichberechtigung  
der Arbeitersklasse mit allen andern Bevölkerungsschichten und die  
Rechtmäßigkeit und den weiteren Ausbau unserer tariflichen Be-  
dingungen erkämpfen.

Die großen Aufgaben erfordern große und in sich geschlossene,  
ihren Mitgliedern erhebliche Vorteile und Rechte garantierende  
Organisationen.

Darum Kollegen! Agitiert besonders während der kommenden  
Frühlingswochen für die Stärkung und die innere Festigung Eures  
Verbandes.

## Die Durchführung der Teuerungszulage.

Zu die Durchführung tariflicher Vereinbarungen, besonders wenn sie eine nennenswerte materielle Wirkung ausüben, schon unter normalen Verhältnissen auf größere Schwierigkeiten gestossen, so mußte auch bei der am 1. März in Kraft getretenen Teuerungszulage mit allerlei Differenzen gerechnet werden. Gewiß ist die festgesetzte Lohn erhöhung kein genügender Ausgleich für die bedeutende Veränderung der Lebenslage unserer Kollegengesellschaft, und auch die führenden Personen des Arbeitgeberverbandes haben es auf ihrer Generalversammlung in Eisenach als eine ganz selbstverständliche Pflicht bezeichnet, die Teuerungszulage gern zu zahlen. Sie haben das geringfügige Opfer, das der einzelne Arbeiter mit der Lohn erhöhung bringt, im Gegenzak zu den unermeßlichen Strapazen und Leidest die draußen in den Schlußengräben Arbeitgeber und Gehilfen im Interesse derer bringen, die daheim sitzen und froh sein können, so leichten Kaufs davonzukommen. Doch dazu, wo für Material und sonstige Unlasten vier und fünfmal mehr ausgegeben werden muß als vorher, so drückt dagegen die eingetretene Lohnsteigerung fast gar nicht in Betracht kommt.

Dagegen lehnt ein erheblicher Prozentsatz der Arbeitgebervereine die Teuerungszulage ab. Danach mußte also leider angenommen werden, daß bei den Arbeitgebern nicht überall das nötige soziale und menschliche Verständnis besteht, als daß von vornherein Differenzen als ausgeschlossen gelten könnten. Dazu kommt, daß der Druck, den die Gesellschaft jetzt auf tarifrechte Unternehmer auszuüben vermag, im allgemeinen nicht so groß sein kann wie unter normalen Verhältnissen, so daß der Reiz, die Zulage der wirtschaftlich schwächeren Gesellschaft auszunützen, bei gewissen Arbeitgebern zu groß ist, als daß sie vor Tarisverleihungen zurücktreten. Demgegenüber freut es uns, sagen zu können, daß die eingetretenen Schwierigkeiten, soweit sich bis jetzt beurteilen läßt, nicht allzu groß sind, und daß in verschiedenen Städten, wo man die Teuerungszulage erst ablehnte, später doch noch die bessere Einsicht und das demokratische Empfinden siegten, aus denen heraus sich die Minorität der Mehrheit fügte.

Wir registrieren hier zusammenfassend, was uns vorerst aus den einzelnen Bezirken über die Durchführung der Teuerungszulage berichtet wurde. Später werden wir noch eine genaue, durch eine statistische Erhebung belegte Darstellung geben.

**1. Bezirk Berlin:** Nach den bisher eingegangenen Vereinbarungen wurde die Teuerungszulage im großen und ganzen gezahlt. Doch kann man auch hier sagen: Keine Regel ohne Ausnahme. In einigen Großstädten gaben vereinzelte Firmen vor, aus Rücksicht auf die Teuerung die Löhne bereits so weit aufgehobert zu haben, daß sie nicht nach den vollen Teuerungszulagen zahlen könnten oder zahlen brauchten. Nach den bis jetzt eingegangenen Vereinbarungen war es aber nicht schwer, an Hand der getroffenen Vereinbarung die betreffenden Arbeitgeber zu belehren, daß ohne Rücksicht auf die bis herige Höhe des Lohnes der Teuerungszuschlag zu zahlen sei. — Schwieriger ist es, zurzeit in einer Anzahl kleiner Städte einzutreffen, wo dort die Zulage bezahlt wird. Zum Beispiel wird da gemeldet: „Am Ort sind noch 15 Berufskollegen vorhanden. Davon arbeiten gegenwärtig in Industriebetrieben. Die übrigen 2 Kollegen sind ganz alte Leute, die schon sehr lange bei ihren Arbeitgebern beschäftigt und nicht organisiert sind.“ — Ein andermal heißt es: „Es sind jetzt nur

zwei Steinmeister bei einem Arbeitgeber beschäftigt. Es war nicht möglich, festzustellen, ob diese die Teuerungszulage erhalten.“

Ahnliche Meldungen aus den kleineren Städten könnten noch weitere hinzugefügt werden. Die Erfahrungen dieser Verhältnisse liegen zum Teil in der gegenwärtigen Jahreszeit. Am Laufe des Monats März sind unsere Kollegen in den eigentlichen Malereibetrieben noch sehr wenig beschäftigt. Die meisten unserer Kollegen arbeiten an vielen Orten eben in Industriebetrieben.

Aus dieser Situation heraus und unter Berücksichtigung der zunehmenden Teuerung auf dem Lebensmittelmarkt läßt sich auch verstehen, wenn in solchen Orten keine rechte Bewertung unter den Kollegen vorgenommen ist.

Die Teuerungszulage an und für sich wird fast durchweg als ungenügend bezeichnet; aber ebenso allgemein wird auch anerkannt und in vielen Fällen besonders hervorgehoben, daß selbst diese Aufbesserung der Löhne nicht eingetreten wäre, wenn nicht die lebende Kraft der Organisation dahinterstünde. Im Zusammenhang hiermit wird denn auch sehr oft die Hoffnung ausgesprochen, daß es nun wohl auch gelingen wird, selbst die wenigen uns noch fernstehenden Berufskollegen für den Verband zu gewinnen.

**2. Bezirk. (Frankfurt a. M.)** Die Teuerungszulage von 5 beziehungsweise 6 % für die Stunde ab 1. März und die Verlängerung des Reichstatifs um ein weiteres Jahr wurde im 2. Bezirk im allgemeinen günstig aufgenommen. In den Versammlungen der einzelnen Lohngebiete hat es aber auch nicht an Stimmen gefehlt, die zum Ausbruch brachten, daß man angesichts der gewaltigen Teuerung nicht erwartet hätte und die Zulage nur einen recht minimalen Ausgleich gegenüber der gewaltigen Teuerung darstelle. Doch angesichts der allgemeinen Verhältnisse glaubte man, sich mit dem Angebot der Arbeitgeber abfinden zu müssen. Soweit Berichte aus den einzelnen Filialen vorliegen, ist anzunehmen, daß die Teuerungszulage in allen Lohngebieten zur Auszahlung gelangte. Die Tarifinstanzen sind bis jetzt nirgends in Anspruch genommen worden, und es scheint, daß sich die Durchführung der Zulage ganz automatisch in den tariflichen Rahmen eingefügt hat.

In einigen Lohngebieten ist die Zulage nicht gleich am ersten Zahltag nach dem 1. März zur Ausszahlung gelangt, sondern mit Rückzahlung erst einige Zahltag später. Im Gegenzak hierzu war aber auch zu bemerken, daß die Leitung der örtlichen Arbeitgeberorganisation rechtzeitig ihre Mitglieder auf die Zahlung der Zulage aufmerksam gemacht hat. Recht degradiert war das Vorgehen der örtlichen Arbeitgeberorganisation in Saarbrücken, die bereits vor dem 1. März dem Gewerbebericht zur Kenntnis brachte, daß sie der Auffassung sei, daß die Teuerungszulage mit dem örtlichen Tariflohn zusammen die Grundlage für den ortsüblichen Lohn darstelle. Dieser Ausschluß schlossen sich die Gehilfenorganisationen natürlich an. Es dürfte sich empfehlen, anderwärts in ähnlicher Weise an die Gewerbeberichte heranzutreten. — Recht übel vermerkt wurde teilweise die recht knifflische Art, wie die Unternehmer die Teuerungszulage bei der Lohnzahlung besonders in Rechnung stellten. Teilweise ging diese Kniffligkeit so weit, daß man die Lohnzulage als „freiwillige Kriegsteuerungszulage“ auf den Lohnlöhnen bezeichnete. Doch solch kleinen formellen Maßnahmen werden die Kollegen nicht von ihrem tariflichen Recht, das ihnen für die Dauer der Tarisverlängerung die Zulage tariflich sicherstellt, abringen lassen. — Zu Betracht kamen bei der Verlängerung des Reichstatifs insgesamt 15 Lohngebiete, in denen zurzeit nach einer Umfrage etwa 1250 Kollegen im Bauunter- und etwa 300 im Backergewerbe beschäftigt sind. Mit 557 Unternehmern waren in diesen Lohngebieten Sondertarife abgeschlossen. Sie wurden alle schriftlich aufgesondert, die Teuerungszulage ab 1. März zu bezahlen und den Sondertarif als um ein Jahr verlängert zu betrachten. Ablehnende Antworten sind von keiner Seite eingelaufen, so daß sich auch die unorganisierten Arbeitgeber vollständig mit dem Abkommen einverstanden erklärt. In einigen kleinen Lohngebieten wurde versucht, die örtlichen Tarife auf der gleichen Basis um ein Jahr zu verlängern. Da zurzeit viele Unternehmer keine Gehilfen beschäftigen, so ist es nicht ausgeschlossen, daß im Laufe des Frühjahrs oder Sommers, wenn der eine oder andere in die Lage kommt, Gehilfen zu beschäftigen, noch einige Differenzen entstehen.

## Aus feldbriefen unserer Kollegen.

Witten, den 10. März 1916.

Sehr Kollegen!

Nachdem ich etwas über vier Monate im Felde bin, muß ich Euch mal einige Zeilen zulassen lassen. Wenn ich Euch hier darüberschreite, betrachtet die nachfolgenden Zeilen als einen Beitrag für den „Vereins-Anzeiger“. Sollte Ihr das nachfolgende als Artikel geeignet finden und abdrucken, so bitte ich Euch um Zusendung der betreffenden Nummer. Ich will nicht von getrennen Heldenataten sprechen, sondern darüber, wie im Kriege gearbeitet wird. Ich werde über das Thema „Schlucker“ schreiben.

Am großen Teil wird hier im Felde im Stellungskampf der Artillerie gegen die Kanonen mit dem Spaten gekämpft. Um das gegen die Minen und Granaten zu schützen, gruben wir die Sogenannte in die Erde ein. Laufgräben und Schützengräben mit Unterständen werden gebaut. Je tiefer und besser diese ausgebaut sind, desto besser für die Schützenabteilungen. Wie leicht ersichtlich, werden diese Gräben oft zerstört. Diese müssen ausgebessert werden. Auch müssen neue Gräben angelegt werden. Dieses alles macht viel Arbeit. So daß die Soldaten, die ganz vorne liegen, diese oft nicht allein schaffen. Da müssen dann diejenigen eingesetzt, die im Reserve liegen. Wie die Arbeit gemacht wird, will ich versuchen, in folgenden Zeilen zu beschreiben. Die Arbeit muß des nachts gemacht werden, damit der Feind nicht merkt. Also, wenn es dunkel ist, treten die Soldaten an. Da kommen sie dann alle heraus aus ihrer Unterkünften, aus den Unterständen und zerstörten Gebäuden. Zum Teil sind sie noch verschlafen. Außerdem ist jeder mit seinem Gewehr, Patronentaschen und gesetzter Zeitbombe. Auf dem Kopf die Mütze, nicht den Helm. Außerdem ist jeder mit einem Spaten oder einer Säge. Zuerst legen wir den Dorfplatz mit

getreten. Es ist stockdunkel. Ein leises Fragen und Rufen hebt an, damit jeder seinen Platz findet. Nach kurzer Zeit ist die Kompanie in einzelne Abteilungen eingeteilt, damit sie auf die einzelnen Arbeitsstellen verteilt werden können. Jetzt meldet der Feldwebel dem Kommandierenden Offizier, daß alles fertig sei. Darauf folgt das Kommando: Mit Gruppen rechts schwänkt, ohne Tritts, marsch! Die Spaten und Piken werden geschultert, und nun geht es zum Dorf hinaus auf die Chaussee. Der Bodermann, der vor einem geht, ist kaum zu erkennen. Links und rechts der Chaussee stehen hohe Bäume, die zum Teil zerstört sind. Nach kurzer Zeit kommt die Abteilung durch ein anderes Dorf. Aber dieses besteht nur noch aus Ruinen. Bei manchen Häusern fehlt das Dach oder eine Wand. Bei andern ist kein Stein auf dem andern geblieben. Das steht in der Dunkelheit grauenhaft aus. Aus einigen Kellern leuchtet Licht. Hier scheinen auch Menschen zu hausen. Nachdem das Dorf durchschritten ist, heißt es, alle Zigaretten und Zigaretten auszumachen; denn jetzt kommt die Abteilung in den Bereich der feindlichen Geschütze, und die leuchtenden Zigaretten würden ihnen ein willkommenes Ziel bieten. Weiter geht es auf der Chaussee. Der Tropf spricht bis zum Knie hinauf. Regen geht ein, und die Zeltbahnen werden umgehängt. Mit der Zeit ist alles durchgeweicht. In der Front liegen Leuchtfeuer auf; der Strahl eines Scheinwerfers sucht den Himmel ab. Kanonendonner schallt herüber. Nach einer Stunde Marsch ist die Abteilung im nächsten Dorf angelangt. Blößlich erkennen ein paar Schüsse aus Flachbahnsgeschützen. Wütend kommen die Geschütze angesetzt und schlagen in der Nähe ein. Im Nu ist die Abteilung aneinandergepritszt. Jeder sucht sich den besten Platz. Nun kommen noch ein paar Geschütze angesetzt. Diesmal bedeutend näher. Der Granatmann muß etwas gemacht haben. Nachdem ein Dutzend von den Dingern herübergekommen ist, fällt das Geschütz wieder auf. Alles kommt wieder herum. Noch ein paar Schüsse, und es geht

Doch gegen diese einzelnen Unternehmer wird man dann auch diejenigen Maßnahmen finden, die geeignet sind, das tarifliche Recht zur Geltung zu bringen. Nachdem sich die Teuerungszulage allgemein durchgesetzt hat, werden auch die einzelnen Lohnseiter auf die allgemeine Basis gebracht werden können. — In Coblenz haben die Arbeitgeber noch zum Teil mit der Zahlung der Teuerungszulage zurückgehalten, doch nachdem nunmehr auch mit dem „Westdeutschen Malermeisterverband“ eine Vereinbarung getroffen worden ist, die den Abmachungen in Berlin und den tariflichen Zuständen gleichkommt, so läßt es nunmehr auch die restlose Zahlung der Teuerungszulage von diesen Unternehmen zu erwarten sein. — Es wird nun, wie immer, Aufgabe der Kollegen sein, sich vollständig hinter ihr tarifliches Recht zu stellen und überall für die Zahlung der Teuerungszulage einzutreten.

**3. Bezirk. (Hannover)** Das Ergebnis der Tarifverhandlungen erscheint für den dritten Bezirk deshalb etwas günstiger, weil für 15 Lohngebiete bereits die nunstündige Arbeitszeit besteht, für die eine Teuerungszulage von 8 % pro Stunde vorgesehen ist. Die gegenwärtiger Zeitverhältnisse lassen aber nur einem geringen Teil der Gehilfen dieses zugute kommen. Während weit über die Hälfte der Gehilfen sich beim Militär befindet, arbeiten nach unseren Feststellungen nur noch 84 % der Juristen, die gehobenen im Malerberuf. Die Zahl der in Fabriken und auf den Werften Beschäftigten macht bereits 85 % aus. Während dann noch 18 % zu andern Gewerben übergegangen sind, hatten wir neben 8 % Franken noch über 10 % unserer Mitglieder arbeitslos. Nicht ohne Einfluß auf diese Situation ist die große Zahl der Kleinmeister in Verlust. In unserem Bezirk hatten über 47 % der Arbeitgeber die Teuerungszulage abgelehnt. Von allen Gegnern Deutschlands entfallen allein 68 % auf den dritten Bezirk. Das Beugnis, daß man sich damit ausgestellt hat, als Erinnerung an die große Zeit gewiß nicht schmeichelhaft. Und was wird als Grund der Ablehnung besonder ins Auge geführt? „Die Behörden haben eine Erhöhung der Preise abgelehnt.“ Das ist gewiß bedauerlich, zumal dieselben Behörden, die eine notwendige Forderung der Handwerker ablehnen, jetzt so dafür eintreten, daß die Landwirte immer noch höhere Preise gezahlt werden. Da wir meinen, eine starke Unternehmerorganisation müßte doch in der Lage sein, auch bei den Behörden das Notwendigste durchzusetzen. Allerdings gehört dazu die allseitige Unterstützung der Mitglieder. Diese aber versagt, wie es scheint. Das ist auch bequemer, als über die begehrlichen Forderungen der Gehilfen zu reden. — Nachdem es ist den Ortsgruppen der Vereinbarungen zugestimmt hat, schluß auch für sie maßgebend sei. Die Vorsitzenden der selben haben es aber fast allgemein daran fehl gelassen, durch Versammlungen oder Kundschreiben ihre Mitglieder aufzufüllen. Darum wollten diese gewöhnlich erst Erklärungen einziehen, als unsere Kollegen am 4. März einen Spruch auf die Lohn erhöhung erhoben. In Hamburg glaubten, daß für sie ihr ablehnender Beschluß maßgebend sei. Durch Versammlung und Presse war man hier jedoch bestrebt, die nötige Aufklärung zu schaffen. Da liegen noch einige Differenzen vor, ihre Regelung aber nicht auf Schwierigkeiten. Aus den übrigen Filialen die Ende vorigen Jahres eine Teuerungszulage zugestanden haben, haben diese am 1. März allerdings aufgehoben. Dahin die 5 %.

Während und nach der Ausspezung von 1915 waren die Ortsgruppen Hannover, Bremerhaven nebst Ueberseestädten und Hildesheim aus dem Arbeitgeberbund ausgetreten und hatten besondere Tarife mit uns vereinbart. Jetzt wurde auch in diesen Orten einer Teuerungszulage gleich die den Berliner Vereinbarungen zugestimmt. — So wie durch den Arbeitgeberverband informiert sind, hat auch die Ortsgruppen Sonderburg und Habersleben Austritt aus ihrer Organisation erklärt. Auch dort Verhandlungen eingeleitet, um die Teuerungszulage Vereinbarung zu bringen. — Im allgemeinen ist die Teuerungszulage als durchgeführt zu betrachten. Ein Teil außerhalb des Malerberufes beschäftigten Kollegen dies als Anlaß genommen, um den gleichen Vorteil zu ziehen zu können. Es sind darüber verschiedentlich

durch eine verfallene Scheune in den Laufgräben. Hinter Mann schleicht sich hinein, und bald hat die Menschen verschlucht. Nun geht es in dem dunklen Graben vorwärts. Hin und wieder wird durchgefragt, alles heran sei; denn es kann leicht passieren, daß die Bindung abreißt und ein Teil in einen fassenden Graben gerät. Das ist eine dumme Sache; denn wer sich in einem anderen Graben verirrt hat, findet sich so leicht nicht zum besonderen, wenn er dort fremd ist. Da es in den letzten Tagen geregnet hat, steht in dem Graben Wasser. Man den Bodermann auch manchmal nicht sieht, so man ihn wenigstens; denn es geht immer pitsche, patsche, patsche. An einer Stelle sind Bretter gelegt; dort das Wasser etwas höher steht und die Bretter fest genug gemacht waren, fangen diese an zu schwimmen. Nun geht das Balancieren los. Hin und wieder zu einer ab und kommt bis an die halbe Wade ins Wasser. Sind die Füße naß. Mancher Glück kommt über Lippen. Hin und wieder steht das Wasser gar zu hoch, es soll ein Stück Weges abgekürzt werden, dann läuft die ganze Gesellschaft aus dem Graben heraus, um Hindernisse zu umgehen. Dabei wird dann streng Befehl gehalten, damit niemand in ein Granatenloch oder in einen Drahtverhaul gerät. Kommen bei diesem Punkt ein paar Granaten angekippt, so geht es ein paar Sprünge in den nächsten Graben. Endlich zweistündigem Marsch, ist die Abteilung an ihrer Stelle angelommen. Dort angelangt, werden die Gewehre zusammengestellt; es wird abgeschaut. Jede Gruppe erhält Arbeit; die einen machen einen Graben tiefer, die anderen schleppen Mauersteine aus dem nächsten Dorf oder Ziegelsteine aus dem Depot herbei. Wird ein Graben angegangen, so sieht man an der Erde ein Band liegen. Dies zeigt die Richtung an, in der der Graben liegen soll. In Abständen von drei bis vier Metern werden die Leute aufgestellt, und damit beginnen Hände

Verhandlungen im Gange. Zum Abschluß sind sie bereits der Möbelfabrik von Hinze & Stech in Lübeck gesammelt. Dort hatte man im vorigen Jahre unsern Kollegen eine örtliche Teuerungszulage von M 2 zugestanden. Jetzt ist es pro Stunde bewilligt. In allen Betrieben der Sächsischen Verhandlungen zu dem gleichen Zweck eingeleitet. Es kann mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß in den erwähnten Betrieben Zulagen noch am 1. April Kraft treten. Die Reptunwerft hat eine sofortige Lohnhöhung von 4 % und eine weitere Lohnhöhung von 6 % im Jahr nach Friedensschluß, spätestens jedoch am 1. Oktober 1917, zugestanden.

**4. Bezirk.** (Cöln n.) Über die Durchführung der Teuerungszulage in Rheinland und Westfalen können wir erst in einer der nächsten Nummern berichten, weil dort die Vereinbarung darüber erst am 22. März getroffen worden ist. Die Teuerungszulage soll zwar vom 17. März noch gezahlt werden; zum Teil wurde sie auch schon vom März an gewährt; immerhin ließ sich Mitte voriger Woche noch kein abschließendes Urteil fällen. Nur soviel steht fest: es wird keine nennenswerten Differenzen geben. Wie schon für diese Nummer des "Vereins-Anzeiger" in Aussicht gestellte ausführlichere Notiz über die erwähnten Entwicklungen können wir wegen Raumangst erst in nächster Nummer bringen.

**5. Bezirk.** (Königreich Sachsen.) Trotzdem hier die Kollegen die Teuerungszulage als keinen geringenden Ausgleich für die enorm gestiegenen Lebenshaltspreise betrachten, gibt es doch noch Arbeitgeber, die es weigern, ihre sozialen und tariflichen Pflichten zu erfüllen. Arbeitnehmer suchen zunächst zu feilschen, um wenigstens einige Wochen sparen zu können. — Um rückläufigen gegebenen sich die Leipzig Arbeitgeber. Obwohl dort sich eines Gewerbandes ist, hat man es dem einzelnen Arbeitgeber unheimgestellt, ob und wieviel er zahlen will, und verteidigt sich noch unglaublicherweise damit, daß die Abzahlung der Teuerungszulage kein Tarifbruch sei. Ihnen hat ein Teil der Arbeitgeber mehr soziales Verständnis gezeigt als die örtliche Verbandsleitung und kommt ihrer Pflicht nach. — In Görlitz versuchte man zunächst, zuweichen. In Cottbus zahlte der Oberstift vorerst nur 1 %. In Dresden glaubten einzelne Arbeitgeber, bei der ersten Lohnzahlung steil und gesetzt sein zu müssen. Sie empfanden es als dreist, wenn Gehilfen die Zulage einfach aufzuschreiben, ohne ihren Meister erst zu fragen, ob er auch wirklich zahlen wolle. In den dieses Unterfangens wurden sie entlassen. In Altenburg, Chemnitz, Glauchau, Zwickau und in allen neun Angewickeln der Filiale Dresden ist inzwischen die Abzahlung (bis auf einzelne Ausnahmen) allgemein durchgeführt. — Die Berichte aus Altenburg, Chemnitz, Dresden, Glauchau, Grimmaischau, Meerane, Plauen, Werda, Zwickau ergeben, daß dort zurzeit 888 Geschäfte vorhanden, darin jedoch nur zwei Fünftel der Gehilfen bestellt sind. In 350 Geschäften wurden insgesamt 1071 Gehilfen ermittelt, von denen 960 Kollegen die Teuerungszulage erhalten haben. Von den 960 sind 710 Mitglieder des Verbandes. Also kommen leider noch vielen die Folge unserer Organisation unverdientermaßen zu.

Die Berechnung wird auf den Lohnarten der Arbeitsverbandmitglieder getrennt als Kriegsteuerungszulage hält. Angeblich, um dafür keine Beiträge zur Berufsschaffenschaft zahlen zu müssen; wahrscheinlich brauchen auch unsere Kollegen diese nicht als steuerpflichtiges Einkommen anzugeben. — In dem Filialgebiet Dresden es auch möglich, in den Möbeladressen zu Hellerau, Niedersdorf, Ottendorf und in der Schulbankfabrik Niederschönhausen die Teuerungszulage in gleicher Höhe zur Anerkennung zu bringen.

(Fürth und Provinz Sachsen.) Den größeren Städten des Bezirks ist die Teuerungszulage allgemein gezahlt worden; auch von den Nichtmeistern. In verschiedenen Neueren Orten ist es dagegen noch. Dort erklären die Arbeitgeber, daß von ihrer Verbandsleitung nicht informiert zu anderevertreten auf den 1. April. — In Halle die Teuerungszulage allgemein gezahlt; ebenso in Leipziger. In Cöthen zahlt eine Firma nicht. In Bitterfeld eine Firma seit Januar 5 und 7 %. In Bitterfeld wollen die Meister um die Zulage erst gebeten sein.

Ihre Tätigkeit. Alles muß in größter Ruhe gehen; denn der Franzmann ist nur ein paar hundert Meter entfernt. Steigt eine Feuerbüchse empor, so duckt sich um nicht gesehen zu werden. Ein und wieder kommt Gewebehügel herübergepritscht; doch darauf achtet und sonderlich. Nur, wenn Granaten und Schrapnellwaffen, wird die Sache manchmal brenzlich. Nachdem bestimmte Zeit gearbeitet worden ist oder ein bestimmtes Pensum geschafft ist, kommt der Befehl zum Abstellen. Alles macht sich fertig, und zurück geht es auf den Wege, den man gekommen ist. Schnell und gehlossen wie der Dieb in der Nacht. Ist man wieder dem Graben heraus, so begegnet man jetzt geflüchteten Wagen, die Essen und Material nach vorne bringen. Und wieder rastet ein Lazarettauto vorüber. Nach die Abteilung wieder zwei Stunden marschiert ist, ist sie morgens in ihrem Quartier an. Jeder ist froh, alles glatt abgelaufen ist, was nicht immer der Fall. Schnell wird Kaffee getrunken; dann steht jeder seine Glieder auf dem harten Lager aus. Den Kopf auf Kornblätter gelegt, und in eine Decke gehüllt wartet jeder den Schlaf, der oftmals nicht gleich kommen will, weil die Läuse mit ihrem Beißen verschrecken.

So, liebe Kollegen, für heute will ich Schluss machen. Mich selbst betrifft, kann ich Euch mitteilen, daß ich in den Schützengräben und Unterständen Reisen begegne. Sonst geht es mir noch leidlich. Den "Vereins-Anzeiger" erhält ich von der Filiale Berlin zugesandt; also so ziemlich über die Verhältnisse in unserem Beruf berichtet und hoffe, daß wir später wieder gemeinsam unsere Organisation arbeiten können. Nun seid alle freundlich geprüßt von Eurem alten Kollegen

Baumgartner.

vordem Haustässerer in der Filiale Berlin.

In Dessau zahlt nur ein Teil der Arbeitgeber; in einem Geschäft legten die Kollegen wegen Nichtbereitstellung die Arbeit nieder. In Eisenach, Erfurt, Hessen, Apolda wird die Zulage allgemein gewährt. In Weimar zahlen die Arbeitgeber meist M 3 pro Woche. In Gotha wird die Zulage von allen Arbeitgebern gezahlt. In den ländlichen Orten der Umgegend sieht die Arbeit immer erst spät ein (Dacharbeit, Tüncherei). In Mühlhausen sind 17 Kollegen im Berufe tätig. Diese haben aber noch nichts erhalten. Die Meister berufen sich hier darauf, daß noch keine Anweisung von ihren Verbandsinstanzen erfolgt sei. In Magdeburg wird die Lohnhöhung allgemein gezahlt; ebenso in Braunschweig, wo aber nur wenige Kollegen beschäftigt sind.

**6. Bezirk (Stuttgart).** Die Durchführung der Teuerungszulage, die hier durchweg 5 % beträgt, ist bis zur Stunde wenig Schwierigkeiten begegnet. War haben, wie auch bei früheren Tarifbewegungen, sich auch diesmal wieder einzelne reihende Firmen gefunden; mit Hilfe der Organisation wird es aber möglich sein, auch dort der allgemein anerkannten Vereinbarung Geltung zu verschaffen. Größere Schwierigkeiten liegen noch vor in den an das Operationsgebiet angrenzenden Orten, die sich zum Teil aus den dort bestehenden besonderten Verhältnissen erklären. Ferner befindet sich im württembergischen Malerbund eine schon immer arbeitsmässigere Ortsgruppe — Gmünd — wo die Arbeitgeber auch diesmal abweichend von der allgemeinen Vereinbarung beschlossen, nur eine Teuerungszulage von 3 % zu gewähren. Augenblicklich ist eine stärkere Einwirkung durch die dortigen Kollegen nicht möglich, doch wird sich Gelegenheit finden, mit Hilfe des Verbandes Wandel zu schaffen. Die Zahl der beschäftigten Gehilfen in den dem Tarifvertrag angeschlossenen Orten ist gewaltig zurückgegangen, sie beträgt im 6. Bezirk noch circa 1200; häufig haben auch Kleinmeister aus den Landorten die vorhandenen Lücken in den Betrieben besetzt, trotzdem 10 p. St. unserer Mitglieder in andern Berufen Beschäftigung suchen müssen. In den Versammlungen der Mitglieder wurde anerkannt, daß unter den obwaltenden Verhältnissen im Berufe die vereinbarte Zulage einen Erfolg darstelle, wenngleich die Teuerung eine größere Berücksichtigung hätte finden müssen. Innerhalb habe sich die Organisationsarbeit auch in der Kriegszeit als äußerst merkwürdig erwiesen, da ohne deren Wille sofort mit einem Rückgang der seitherigen Löhne hätte gerechnet werden müssen.

**7. Bezirk (München).** Die Kollegen Bayerns sind allgemein in den Genuss der Teuerungszulage gekommen. In München stimmen die beiden Arbeitgeberorganisationen der Zulage zu. Natürlich gab es trotzdem noch Eingänger, die erst gemacht werden müssen. — Besonders liegen nur von der Filiale Bamberg vor, wo sich die Arbeitgeber trotz mehrfacher Aussprachen zwischen den Organisationsvertretern der allgemeinen Vereinbarung noch nicht angeschlossen haben. Sie haben vielmehr beschlossen, vom 18. März ab für Verheiratete eine Zulage von M 2,40 und für Ledige von M 1,20 monatlich zu bezahlen. Unsere dortigen Kollegen werden sich mit dem Verhalten ihrer Arbeitgeber noch beschäftigen; wir dürfen hoffen, daß es gelingt, dem vereinbarten Gange der Teuerungszulage Geltung zu verschaffen.

Auch in den Lackiererbetrieben und Fabriken sind vielfach bereits Teuerungszulagen gewährt worden; besonders in den für den Heeresbedarf arbeitenden Industrien. Beispielsweise haben die Daimlerwerke Ende 1915 unter teilweiser Berücksichtigung der von den Organisationen gestellten Forderungen eine Teuerungszulage von M 3 bis M 5 zugestanden, sofern der Wochenverdienst mit der Zulage M 50 nicht übersteigt.

Die Waggonfabrik Krupp-München hat über die tariflich auf 1 % festgesetzte Lohnsteigerung hinaus einen weiteren Preismäßig aufgebohrt, weitere Gesuche der Arbeiter jedoch strikt abgelehnt. In einigen Betrieben ist eine Verbesserung der Alltagskasse erreicht worden.

Dagegen ist in den Möbelfabriken bis jetzt eine die Teuerung berücksichtigende Zulage nirgends zugestanden. Es ist daher zu begrüßen, daß die Kollegen selbst sich entschlossen haben, mit Unterstützung unserer Bezirksleitung bei den in Frage kommenden Firmen wegen der Gewährung einer Teuerungszulage ebenfalls vorstellig zu werden.

## Zum Rückgang der Lehrlingszahl im Malergewerbe.

Noch der amtlichen Statistik von 1907 waren im Maler-, Lackierer-, Anstricher-, Tüncher- und Weißbindergewerbe etwa 30 000 Lehrlinge in Deutschland beschäftigt. Unsere Verbandsstatistik von 1909 und 1912 ermittelte hauptsächlich in den größeren Städten 12 462 resp. 12 039 Lehrlinge. Da bekanntlich aber die kleineren Orte die meisten Lehrlinge aufweisen, lag für uns kein schlüssiger Beweis vor, daß von einer bemerkenswerten Abnahme der Lehrlinge in unserem Gewerbe gesprochen werden könnte. Erst unter dem Einfluß des Krieges ist die Frage des Rückgangs unserer Lehrlinge schärfer in den Vordergrund getreten. Unsere statistische Erhebung vom Mai 1915 stellt noch 5723 Lehrlinge fest. Gewiß kann unter den gegenwärtigen abnormalen Verhältnissen kein ganz zuverlässiges Zahlenmaterial gewonnen werden, besonders da aus so vielen Orten sämtliche Gehilfen eingezogen worden sind; aber an der Tatzeile, daß der Abgang der Malerlehringe jetzt ein großer ist, kann nicht gezweifelt werden. Mit Recht werden deshalb auch in Arbeitgeberkreisen über diesen Rückgang Beobachtungen angestellt. So schreibt in der Nr. 12 der "Berliner Malerzeitung" Herr Frank, Obermeister der Charlottenburger Malerinnung, daß 1906 bei der Berliner Malerinnung noch 700 Lehrlinge eingeschrieben waren. 1912 war die Zahl schon auf 241 gesunken. 1913, also vor dem Kriege, betrug die Zahl nur noch 234, sie sank dann 1914 auf 193 und im Jahre 1915 auf 129 ab. In Charlottenburg betrug 1912 die Zahl der eingeschriebenen Lehrlinge noch 97. Sie sank im Jahre 1913 auf 81, verminderte sich 1915 auf 43 und ist in diesem Jahre auf 37 Malerlehringe zurückgegangen.

Fallende ist, daß schon in normalen Friedenszeiten in den größeren Städten hauptsächlich kein Überschuß an

Malerlehrlingen zu verzeichnen war. Innerhalb konnte aber allgemein für das deutsche Malergewerbe von keinem Lehrlingsmangel gesprochen werden. Wenn sich nun in den letzten Jahren ein solcher fühlbar gemacht haben soll, müssen dieser Tatsache auch bestimmte Ursachen zugrunde liegen. Herr Frank glaubt den Rückgang der Lust zum Erwerben des Malerhandwerks auf verschiedene Gründe zurückzuführen zu müssen. Nach seiner Ansicht liegt der erste Fehler schon in dem Wort "Malerhandwerk", das in sehr heutigen Stand des Malergewerbes, unseres guten alten Kunstgewerbes, kennzeichnet. Von Kunst sieht man in unserer heutigen Miethäusern, in denen der Hauptteil unserer Jugend aufwächst, nicht viel, wenn nicht gar nichts. Er sieht ja solch Schulunge dem Maler zu, wie sogenannte einfache Wohnungsmalerei in den Treppenfluren, er sah Holz- und Marmorelemente, er sah Embleme und Wappen auf den Schildern bunt gemalt, er bekam Lust, auch solch Maler zu sein und seine Lust sah sich noch der Einsetzung in die Tat um. Heute sieht der Schulunge glatt getümpte weiße Decken in seiner Wohnung. Er sieht den Malerghilfen schweigend die alte geplastische "Sichelsteinfarbe" abstrahlen. Er sieht den früher in bunten Farben gestrichenen und mit Goldbronze verzierten Stuck glatt weiß überstreichen. Er sieht glatt hellgestrichene Treppenhäuser, die, wenn es hoch kommt, getupft und mit einer Stoffschablone schabloniert werden. Keine Linie darf irgendwelche Handfestigkeit, auf die es doch ein strebsamer Junge abgesehen hat, vertragen. Holzmalerei ist verboten, angeblich weil alle Imitation zu vermeiden ist, in Wahrheit, weil eine glatt abgetönt gestrichene Tür sich billiger stellt. Aus dem gleichen Grunde sieht man höchst selten einen gemalten Marmor, dafür aber sogenannten Lappennmarmor oder getupfte-panele. Es geht auch und ist billiger. — Das ist nun eben der Zug der Zeit. Aber solch Tünchergewerbe lernen — wenn wir ehlich sein wollen, müssen wir uns gestehen — das wollten wir, als wir in die Lehre gingen, auch nicht."

Eine weitere Erklärung für den Lehrlingsrückgang findet Herr Frank auch darin, daß viele Eltern darauf bedacht sind, daß ihre Kinder so früh wie möglich und so viel wie möglich Geld verdienen und zur Aufrechterhaltung der Wirtschaft mit beitragen. Jungen, die ein Handwerk lernen, können aber das nicht. In andern Gewerben herrsche, trotzdem weniger Rostgelb bezahlt werde als bei den Malern, kein Lehrlingsmangel. Wenn die Jungen acht Jahre die Schule besucht haben, sind sie des Schulzwanges überdrüssig, in keinem Gewerbe aber müßten die Lehrlinge mehr in die Tag- und Bettenschule gehen als bei uns. Herr Frank hält selbstverständlich diese Unterrichtsstunden für notwendig, aber lieber wäre es ihm schon, die Fortbildungsstunden während der Lehrzeit auszuholen und nach der Lehrzeit diese selben Gegenstände in die vielen Freizeitstunden des jungen Gehilfen zu legen". Da er sogar damit einverstanden ist, die Schulzeit bis zum 15. Lebensjahr zu verlängern, um die Störung während der Lehrzeit zwischen Schule und Werkstatt zu vermeiden, wäre glücklich der Ostern aus der Lehre kommende junge Malerhilfe so weit, unter Umständen im Herbst des gleichen Jahres schon seinen Militärdienst abzuleisten. Nach diesem letzteren Vorschlag, der für uns überhaupt nicht diskutierbar ist, hält Herr Frank eine Besserung in den Lehrlingsverhältnissen nur dann für möglich, wenn die Meister selbst unserm Gewerbe ein anderes Ansehen zu geben vermögen, wenn nicht einer den andern in der Willigkeit des Kreises für Malerarbeiten unterbietet, wenn mehr Freude an der Farbe und Gebiegenheit in der Ausführung die leitende Triebfeder ist, mit einem Wort, wenn sich das Handwerk wieder auf sich selbst befinnen und mehr Stolz auf seine Kunst im Berufe legen und die zum Teil jetzt sehr stark daniederliegende Würde wieder bewahren wird".

Obige Ausführungen sind gewiß zum Teil sehr beachtenswert für alle diesenigen Berufskollegen, die wissen, sind, mitzuarbeiten an der Hebung und besseren Ausgestaltung des Gewerbes. Es sind Anregungen, die hoffentlich dazu beitragen, in weiteren Fachkreisen diese so wichtige Frage eingehender und gründlicher zu beleuchten. Um die Frage aber fruchtbar zu gestalten, sollten unseres Erachtens zwei Fragen nicht unerörtert bleiben, die hierbei mit die wichtigste Rolle spielen: Die Dauer der Lehrzeit und die wirtschaftliche Lage der Berufe in allgemeinen. Eine vierjährige Lehrzeit ist für das gesamte Malergewerbe in keiner Weise berechtigt. Wir wollen nicht hoffen, daß die "Weißmalerei" noch jahrelang vorherrschende Richtung bleibt; denn sonst wäre eine dreijährige Lehrdauer noch viel zu lang. Den gegebenen Verhältnissen entsprechend, hat deshalb wohl auch am 22. März die Handwerkskammer zu Altona die Lehrzeit für Maler, Lackierer, Glas- und Schilermaler auf drei Jahre festgesetzt.

Die wichtigste Frage für die Eltern und Erzieher, wenn die Jungen einen Beruf ergreifen sollen, ist immer die: Bietet das betreffende Geschäft dem Jungen später auch einigermaßen eine gesicherte Existenz? Wie steht es mit den Lohnverhältnissen? Leidet das Gewerbe viel unter Arbeitslosigkeit? usw. So manche Eltern, die die wirtschaftliche Lage eines Gewerbes kennen, überlegen es sich ziemlich, ob sie es verantworten können, ihren Sohn einen Beruf erwählen zu lassen, der ihm für die Zukunft keine günstigen Aussichten bietet. Und besonders jetzt, wo so manches Gewerbe in trostlosen Verhältnissen danebenliegt, wirkt das auf die Eltern der schulentlassenen Kinder doppelt ein. Darum darf man, wenn man die Gründe kennen lernen will, weshalb so viele Jungen nicht mehr die Liebe zum Erlernen eines Gewerbes haben, an der wirtschaftlich-sozialen Seite des betreffenden Berufes nicht achten. Gegenwärtig wird von vielen Eltern die Auffassung vertreten, die Jungen überhaupt nicht in eine Lehre zu geben, sondern da unterzubringen, wo sie sofort Geld verdienen. Gewiß ist das zu verstehen bei der jetzigen Notlage weiter Kreise, wie müssen uns aber gegen solche verfehlte Ansichten wenden. Auch der Krieg wird ein Ende nehmen, deshalb sollte von allen einsichtigen Eltern, soweit es ihnen möglich ist, darauf Wert gelegt werden, daß ihre Kinder unter Berücksichtigung der Bekanntmachung und Neigung beruflich tüchtig ausgebildet werden.

# Verband der Maler, Lackierer, Aufreicher, Tüncher und Weissbinder Deutschlands.

Tabellarische Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben sämtlicher Filialen für das Jahr 1915.

Name der Filiale	Siedlung vom vorigen Jahr	Bewillig. M. A.	Ein- tritts- gelder M. A.	Na- lender und Bro- schüren M. A.	Duplic. late, Gesamte Gefahr- beit und Gesamt- nahmen M. A.	Schrift- aus der Haupt- fasse M. A.	Zettel gefandt M. A.	Gesamt- einnahme M. A.	Gut von vorigen Jahr M. A.	Arbeits- losen- unter- stützung M. A.	Frauen- unter- stützung M. A.	Weise- unter- stützung M. A.	Siech- unter- stützung M. A.	Gehob- regelten unter- stützung und Rechts- dienst M. A.	Gefahr- unter- stützung M. A.	Besonderer Gefahr an die Filialen und Versiche- rungs- beiträge M. A.	In den Filialen ver- blieben M. A.	Sondige Aus- gaben M. A.	In den Filialen gebrückt M. A.	Un die Hauptfasse eingefandt M. A.	Gesamt- ausgabe M. A.	Gesamt- vermögen M. A.	
Aachen	1624 67	444 75	-	-	20	-	50	-	2119 62	-	18	54	-	-	49	9 78	-	78 85	1674 49	250	2119 62	101 74	
Altenburg	-	1574 95	3	-	80	-	100	-	1678 75	244 06	87	168 60	1	75	80	87 62	-	282 75	154 78	552 96	1678 75	576 00	
Aschaffenburg	3542	532 20	-	-	110	8	32	-	124 72	-	-	-	-	-	32	1 60	-	11	40 12	40	124 72	18 08	
Augsburg	63 47	1014	5	6 45	13 10	-	-	-	1102 02	-	22	273 75	-	55	80	22 18	-	285 80	183 29	230	1102 02	399 70	
Bamberg	-	1277 40	10	-	2 85	19 25	-	50 83	1359 83	188 21	72	258 50	8	165	90	26 36	-	287 55	279 21	1859 83	108 44		
Bavaria	228 38	445	-	8	1 75	5	200	-	888 18	-	7	78 75	-	-	90	9 90	-	98 80	353 68	280	888 18	105 74	
Berlin	-	68888 50	453 50	163 95	891 80	-	-	-	70398 75	8138 14	629 80	10158 90	-	8905	3415	4581 95	-	15653 55	4866 41	19100	70298 75	46870 20	
Bernburg	823 08	348 05	3	-	40	-	120	-	1284 53	-	-	157 50	-	25	866 10	109 12 300	-	241 50	4605 07	450	6266 29	98 83	
Beuthen	1542 49	1271 70	12	-	15	-	425 10	-	6266 29	-	4	100 50	-	90	366 10	109 12 300	-	165 70	341 06	150	808 06	801 10	
Bielefeld	100 21	690 50	7	-	3 35	2	-	-	803 06	-	-	19 50	-	15	95	16 80	-	25 70	547 17	27	727 27	329 00	
Beckum	505 17	151 10	1	-	-	-	70	-	727 27	-	-	99	-	-	25	3 40	-	-	-	-	1140 26	2022 21	234 11
Brandenburg	-	1915 05	12	-	1 50	33	-	-	60 66	2022 21	5 80	-	166 50	3	80	156	42 20	-	428 45	-	-	-	-
Braunschweig	-	5437 50	37	-	13 30	29 25	-	-	5517 05	18 48	9	1197 75	-	160	1562 50	181 04	-	1162 65	238 92	1041 78	5517 05	300 74	
Bremen	-	13391 70	125	-	24 45	271 25	-	-	13812 40	220 99	174 40	2098 50	8	885	821 50	1894 26	-	3893 20	1041 56	4250	1861 24	2845 00	
Bremervörde	-	4563 80	32	-	6 10	50	-	-	4622 40	961 45	66	398 25	-	100	16 50	300	-	687 48	-	987 80	504 92	600	
Bredenbeck	1810 62	10441 10	71	-	20 30	35 40	1000	-	13378 42	-	275	1603	8	826	1340 50	902 65	2	2212 15	3968 02	2752	10 18378 42	292 80	
Café	2360 33	7594 80	49	-	9 85	86 50	200	-	10300 48	-	-	925 50	-	870	526	1046 99	-	1878 20	3253 79	2300	10300 48	1929 00	
Celle	67 83	568 70	14	-	5 80	-	-	-	48 82	705 15	-	4	8	-	-	48	14 60	-	140 90	-	489 85	705 15	167 54
Chemnitz	-	11760 65	66	-	23 30	68 55	1000	-	12918 50	2034 91	470	2560 50	1	865	1018	1165 55	-	2202 70	100 84	2500	12918 50	3992 00	
Coblenz	870 44	887 20	4	-	3 10	3 75	-	-	1768 49	-	17	88 50	-	80	48	22 02	-	221 45	831 52	510	1768 49	207 83	
Coburg	281 63	207 60	5	-	3 10	-	-	-	500 38	-	-	18	8	-	5	6 78	-	29 60	278 95	160	500 83	-	
Cottbus	73 09	2 10	-	-	45	-	-	-	75 64	-	-	-	-	-	06	3 35	38	39 90	75 64	167 54	-		
Cottbus	545 84	7401 85	45	-	10 20	174 85	600	-	8767 74	-	8	1105 50	3	395	1011 10	690 86	-	1465 90	1886 88	2700	8767 74	344 83	
Crefeld	168 79	190 60	2	-	2 65	21	-	60	744 95	-	75	75	-	15	20	2 02	-	-	4 39	-	78 85	-	
Crimmitschau	-	80	-	-	-	-	-	-	76 85	37 04	-	-	-	-	36	8 16	-	41 80	44 20	261 55	407 96	340 00	
Eupen	68 56	296 80	5	-	1 10	50	36	-	407 96	-	-	26 25	-	-	24	16 28	-	229 80	14 64	450	821 72	500 00	
Elsterwerda	29 92	785 40	6	-	40	-	-	-	621 72	-	6	81	-	-	24	10 46	-	561 05	200	990 40	9407 88	1059 77	
Danzig	4398 03	1721 40	58	-	28 05	1 90	200	-	9407 38	-	37	1183 50	-	70	679	430 83	-	996 40	5010 65	1000	9407 88	1059 77	
Darmstadt	-	12086 60	36	-	13 20	189	-	-	12274 80	273 05	58	2326 50	-	290	1050	1188 94	-	2782	450 13	3906 18	12274 80	5962 83</	

Nr. 15 Vereins-Anzeiger 1916

Name der Filiale	Schulden vom vorigen Jahr	Beiträge	Ein- tritts- gelber	Ka- le- nder und Bro- schü- ren	Dupli- kate, Ex- trabe- räge und sonstige Einnahmen	Büschuß aus der Haupt- kasse	Gesamt- ge- sandt	Gesamt- einnahme	Gut vom vorigen Jahr	Arbeits- lohn- unter- stützung	Kranken- unter- stützung	Reise- unter- stützung	Gera- mab- regelten- unter- stützung und Rechts- schutz	So- zial- unter- stützung	Ge- sonde- rer Zuschuß an die Filialen und Ver- sicherungs- beiträge	Sonstige Aus- gaben	In den Filialen ver- blieben	Summe ge- sandt	An die Hauptkasse eingesandt	Gesam- Ausgabe	Rück- vermögen	Vor- ge- gen	
Wuster	156,08	—	—	—	—	8	—	164,08	—	—	—	—	—	—	—	—	156,08	—	164,08	—	—		
Hamburg	62,28	214,95	4	—	85	—	52,69	334,77	—	52	3	—	15	—	40	6,02	38,75	—	334,77	17,17	7		
Sie	637,63	237,60	4	6	10,50	—	—	895,73	—	6	34,50	—	—	12	—	5,52	66,50	671,21	100	895,73	13,30	8	
Ammerster	45,91	1047,30	16	—	40	39,50	—	—	1149,11	—	6	31,50	3	165	—	22,24	323,35	36,09	505,93	1149,11	327,86	21	
Wiesbaden	108,22	—	—	—	—	—	—	108,22	—	—	—	—	—	—	56	—	56,22	52	108,22	—	—		
Wied	—	86,50	—	—	20	—	8	15,42	90,12	26,60	—	—	—	4	—	1,90	9,50	48,12	90,12	12,49	3		
Wohausen	86,93	929,80	10	5,80	—	—	7,26	989,29	—	49	109,50	—	25	76	—	25,66	217,20	—	989,29	35,87	89		
Worms	5,62	1692,85	1	5,80	47,50	150	—	1902,65	—	12	607,50	—	50	144	—	39,70	309,15	—	1902,65	97,65	37		
Wernberg	648,88	11527,85	37	22,40	2,50	400	—	12638,58	—	90	2292,90	6	600	1378,52	—	724,39	2739,40	1607,37	3000	12638,58	550,10	236	
Westerstein	—	42,70	—	2	—	—	—	44,70	18,84	—	—	—	—	4	—	—	4,90	5,48	20	44,70	—	2	
Wenning	60,61	620,60	11	3,10	9,75	—	—	705,06	—	—	42	—	30	68	—	14	186,95	27,48	336,63	705,06	278,70	13	
Wabern	592,91	884,95	9	—	40	—	50	1037,26	—	—	38	—	15	48	—	9,38	72,15	579,73	280	1037,26	46,61	11	
Wau	5,82	122	3	2,90	4	—	—	137,72	—	4	18	—	8	—	—	3,26	30,40	73,22	137,72	11,51	4		
Wertheim	84,60	380,20	4	4,65	—	50	300	28,38	803,03	—	—	285,75	—	380	52	—	7,68	77,60	—	803,03	63,80	10	
Wiesens	—	14,60	—	—	60	—	66,68	81,88	79,72	—	—	—	—	—	—	3,36	1,80	—	81,88	—	—		
Wien	995,23	3799,90	30	18,15	14	900	—	5752,28	—	308	209,25	6	270	544	—	674,22	907,65	1333,16	1500	5752,28	386,80	123	
Wien	175,86	1824,90	19	2,80	3,80	100	—	2125,86	—	22	654,75	—	160	136	—	39,32	402,10	561,69	150	2125,86	52,90	56	
Wien	1045,87	958,05	10	5,45	—	40	—	2019,77	—	18	114	—	45	100	—	26,62	139,45	1042,97	533,73	2019,77	13,70	30	
Wien	89,94	137	9	1,10	—	6	—	243,04	—	—	—	—	—	12	—	3,98	22,65	141,16	63,25	243,04	64,30	7	
Wien	14,59	186,80	1	—	65	—	15	66,82	264,86	—	—	—	—	20	—	4,06	40,80	—	200	264,86	110,36	3	
Wien	418,33	42,70	—	1,60	—	—	—	457,63	—	—	—	—	4	—	—	6,10	399,31	47	457,63	410,71	1		
Wienburg	340,78	1464,40	8	1,70	—	—	—	1812,88	—	30	120,75	—	10	120	—	30,84	805,80	325,99	870	1812,88	35,88	47	
Wienhall	—	116,83	—	1,10	—	—	—	22,61	140,06	70,29	—	81,50	—	12	—	2,22	24,05	—	—	140,06	138,41	4	
Wied	149,69	2802,30	48	3,50	118,50	—	—	3116,99	—	9	158	—	50	168	—	67,08	800,65	42,57	1826,69	3116,99	1389,86	67	
Wieder	37,45	876	7	6,80	13,25	60	—	46,12	1046,12	—	204,75	—	30	48	—	209,45	—	534,22	1043,12	150,81	23		
Wien	24,58	88,80	2	—	—	—	—	60,18	—	—	—	—	—	—	—	—	8,22	82,60	73,80	299,18	471,80	80,26	7
Wien	68,10	400,80	2	—	90	—	—	471,80	—	—	—	—	—	8	—	4,58	28	—	88,60	239,74	103,58	4	
Wien	—	184,60	2	20	—	—	—	52,94	289,74	150,58	7	—	—	16	—	37,10	560,95	—	88,45	1917,90	598,61	39	
Wien	1308,45	216,80	4	2,00	1	—	—	1588,15	—	—	245,25	—	15	36	—	5,38	54,60	1292,17	130	1533,15	90,41	7	
Wien	93,82	—	—	—	—	—	—	98,32	—	—	—	—	—	16	—	—	98,32	—	—	98,32	—	—	
Wien	44,10	5,70	1	—	16	—	—	66,80	—	—	—	—	—	18	—	1,10	49,52	—	66,80	—	1		
Wien	288,18	2544,40	80	50	5,50	97,50	—	78,88	2994,91	—	576,25	—	40	108	—	56,96	531,70	—	1680</				

## Zur Jahresabrechnung des Verbandes für das Jahr 1915.

In dieser Nummer des "Vereins-Anzeiger" veröffentlichen wir die Abrechnung unseres Verbandes über das zweite Kriegsjahr. In Anbetracht der Wirkung der enormen Kriegsverhältnisse, besonders auf unsern Mitgliedern und den durch die Einberufungen von mehr als 25.000 unserer Verbandskollegen zum Militär und die überaus starke Abwanderung der Mitglieder zu andern Berufen wegen des Dienstliegenes unseres Gewerbes noch geltend, ist der finanzielle Stand des Verbandes recht bedrohlich. Dabei muß immer wieder hervorgehoben werden, in welch ungünstigem Zeitpunkt — kurz nach der allgemeinen Auspaltung — gerade uns der Krieg überraschte.

Stellen wir zunächst einige Vergleiche mit den Vorjahren an. Es betrug die

	Gesamteinnahme	Gesamtausgabe
1912	M. 1.562.460,39	M. 1.127.211,35
1913	" 2.196.774,25	" 2.946.865,56
1914	" 1.231.592,78	" 1.184.261,41
1915	" 573.297,40	" 406.293,12

Das Vermögen der Organisation hat sich im verflossenen Jahre noch um M. 95.976,11 vermehrt. Es betrug 1913 am Schluß des Jahres M. 729.109,04, am Schluß des Jahres 1914 M. 729.474,31, während es am Schluß des Vorjahrs M. 826.129,38 in war, nachdem die Außenstände der Hauptkasse in den Filialen von M. 99.752,55, betrug. Das Vermögen der Hauptkasse hatte einen Rückgang von M. 120.119,70, während das Vermögen der Filialen um M. 23.298,96 zurückging. Dovor muß aber in Betracht gezogen werden, daß die Organisation im ersten Quartal 1915 keine Steuern- und Arbeitslosenunterstützung bezahlte und daß ferner durch die Liquidation der Zentralsteuern und Zerstörung der Materie unserer Organisation das noch vorhandene Vermögen von M. 58.116,12 zugeschlagen ist. Immerhin zeigt uns der Abschluß, daß wir bis jetzt durch die Beschlüsse des Verbandes und Beirats gut über die Kriegszeit hinweggekommen sind. Damit wollen wir nicht sagen, daß das Vermögen der Organisation genügt und daß wir völlig sorgenfrei in die Zukunft sehen können. Die Auspaltung des Jahres 1915 hat uns gezeigt, welche gewaltige Kraft in der guten Auffindung unserer Finanzen gelegen hat, und wenn wir unsere Organisation in den ehemaligen Städten erneut und die nach dem Kriege nicht ausbleibenden Kämpfe siegreich bestehen wollen, dann müssen wir unsere Kräfte rechtzeitig zu stärken suchen. Dass dies nicht während des Krieges geschehen kann, ist selbstverständlich. Andernteils aber müssen alle Maßnahmen während des Krieges, wo an Frontkämpfer ernstlich nicht zu denken ist, so getroffen werden, daß unser Vermögen nicht zurückgeht. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, können wir sagen, daß das finanzielle Ergebnis des Jahresabschlusses befriedigend genannt werden kann.

Mit Spannung hatten wir der finanziellen Wirkung der Einführung der Arbeitslosenunterstützung am 1. April des verflossenen Jahres entgegengesehen. Zahlung haben wir uns mit dieser Frage befaßt, und bis zur Generalversammlung in Halle konnte die Einführung der Arbeitslosenunterstützung nicht verwirklicht werden. Dass die Organisation trotz des Krieges den so bedeutsamen Beschluß durchzuführen imstande war, zeigt jedenfalls, auf welcher guten Grundlage sie aufgebaut ist. Der Beitrag, der für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben wurde, beträgt allerdings nur M. 5741. Es zeigt sich hier, was auch aus unseren monatlichen Aufnahmen über die Arbeitslosigkeit hervorgeht, daß diese recht minimal war. Wenn sie im Beruf auch größer gewesen ist, so haben aber die arbeitslosen Mitglieder in andern Berufen Unterkunft gefunden. Jedenfalls haben wir damit zu rechnen, daß die Summe, die für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben wird, sich in Zukunft ganz bedeutend steigert.

Die Wiedereinführung der Frauenunterstützung in allen drei Beitragsklassen hat bei den Mitgliedern allgemein Zustimmung herverursacht; die Ausgabe hierfür beläuft sich auf M. 76.210,50. Trotz dieser verhältnismäßig großen Ausgabe war unser Verband noch in der Lage, M. 45.338,67 an die Frauen der einberufenen Mitglieder zahlen zu können. Hierbei sind die Summen, die aus den Mitteln der Filialen gezahlt wurden, noch gar nicht mitgerechnet; ebenso nicht die M. 5790, die wir über das Stamm hinweg als Sterbegeld an die Frauen der dazugehörigen Mitglieder zahlten.

Aus folgender Zusammenstellung ist die Entwicklung und Verstärkung der einzelnen Ausgabenarten für Unterstützungs Zwecke infolge des Krieges ersichtlich. Es wurden ausgetragen für

	1913	1914	1915
Lohnkämpfe (Hauptkasse)	1.864.976	60.455	—
Volkskasse	396.839	3.799	—
Arbeitsunterstützung	685.863	338.240	76.210
Zerstörerunterstützung	31.602	28.010	22.250
An die Frauen eingezogen	—	57.646	45.338
Arbeitslosenunterstützung	—	—	5.741
Arbeitslosen-Notsfallunterstützung	—	175.102	576
Kriegerunterstützung	16.151	4.855	103
Rechtsgefangnis-Unterstützung	5.634	5.342	64
Rechtsricher	12.310	4.385	403

Das verlief wie die Ausgaben des Verbandes für Versicherung. "Vereins-Anzeiger" unter anderem herabzunehmen, zweitens daß mit den Interessen der Organisation vereinbart waren, ist zweifelhaft und hat zu dem ungünstigen finanziellen Stand des Verbandes nicht unbedenklich zur beigetragen.

Hoffen wir, daß der Krieg bald vorübergeht, so daß wir wieder normale Verhältnisse annehmen und sowohl den Mitgliedsbeitrag als auch die Kostenverhältnisse des Verbandes recht bald wieder auf ihre frühere Höhe bringen können.

## Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

**Gotha.** (Vorbericht.) Die finanziellen Auswendungen für soziale Maßnahmen durch Reich, Staat und Gemeinden sind sehr gewaltige. Deshalb begegnen wir fast bei jeder Staatsberatung der Formel: "Die Ausgaben für Bauen und bauliche Veränderungen haben wir auf das äußerste eingeschränkt". Rechnet man hinzu, daß auch der Privatwohnungsbau fast vollständig ruht, ferner daß die teuren Materialien sowie das Verbot der Verwendung von bestimmtem Material zu bestimmten Arbeiten und die Einschränkung der Arbeiten bei der Privatkundgebung bewirkt, so läßt sich ermessen, in welchem Umfang unser Gewerbe durch den Krieg ungünstig beeinflußt worden ist.

Wo nicht Militärbauten in Frage kommen — und dort in der Arbeitsanteil infolge der einfachen und primitiven Ausführung auch nur von geringem Umfang — oder Neubau und Umbauten für Militärlieferungsbetriebe ausgeführt wurden, ruhte unsere Berufssarbeit so gut wie vollständig. Und das trifft insbesondere auf die Mehrzahl unserer Zahlstellenorte zu. Das hat natürlich die Folge gehabt, daß unsere Mitgliederziffern dort unverhältnismäßig heruntergegangen sind. In Orléans mit 25 bis 30 Beschäftigten vor dem Kriege sind jetzt 5, 6, höchstens 8 Kollegen im Berufe tätig. Das kommt auch im Gesamtvierteil des Filialen zum Ausdruck: Während vor Kriegsausbruch, am Schluß des zweiten Quartals 1914, die Mitglieder der Zahlstellen 67 pgl. der Filiale ausmachten, waren es am Schluß des vierten Quartals 1915 nur noch 48 pgl. Gerade aus den Zahlstellen ist uns durch den Übergang so vieler Mitglieder in andere Berufe eine stattliche Anzahl von Verbandsmitgliedern verlorengegangen. "Ich arbeite nicht mehr im Berufe", so lautete gewöhnlich die Antwort, wenn man solche Kollegen aufforderte, doch ihre Mitgliedschaft in der Organisation hochzuhalten. Was für ein wangelndes Verhältnis unserer Arbeiterschaft kommt in diesen Worten der Betreffenden doch zum Ausdruck; als wenn sie nicht als Arbeiter gleich welchen Berufes, sondern nur als Mater oder Lüncher organisiert sein dürften. Auch in Gotha selbst hat man hinreichend Gelegenheit gehabt, Charaktere kennen zu lernen. Ausgerechnet in einer Zeit, wo das segensreiche Wirken der Gewerkschaften allgemein anerkannt wird und wo es besonders darum kommt, standzuhalten, verfügen sie und stellen ihren persönlichen Eigennutz über den Solidaritätsgedanken.

Immerhin hat aber auch ein guter Stamm von Kollegen in dieser schweren Zeit treu zur Fahne gehalten. Einsehend, daß wir die heilige Pflicht haben, unsere ganze Kraft für die Aufrechterhaltung der Organisation einzusetzen, haben selbst schon ältere Kollegen die Arbeiten der Verwaltungen auf sich genommen, und wir hoffen bestimmt, daß wir uns auch in Zukunft auf ihre Mitarbeit verlassen können. Außer dem Bewußtsein, ihre Schuldigkeit getan zu haben, werden es ihnen unsfern einst aus dem Kriege heimkehrenden Kollegen danken.

Die Arbeitslosigkeit trat dies Jahr erfreulicherweise nur in geringem Umfang auf, wenigstens was Gotha selbst anbelangt. Bei den unerschwinglichen Lebensmittelpreisen ist es ja auch ganz undenkbar, daß Familienwäter, und sei es auch nur ganz kurze Zeit, sich zu Hause hinsetzen können. Der allergrößte Teil der im Bauberufe beschäftigten Kollegen konnte in den hiesigen Betrieben, die mit Aufträgen für Kriegsbedürfnisse immer reichlich versehen waren, unterkommen.

Bei Lohnbewegungen hatten wir uns dieses Jahr, abgesehen von einigen Werkstattversammlungen der Lackiererbranche, die hauptsächlich Auffordungsangelegenheiten zu besprechen hatten, nicht zu beschäftigen. Unser Augenmerk war vornehmlich auf die Einhaltung der vereinbarten Tätze gerichtet. Und da läßt sich sagen, daß uns Verstöße nicht zu Ohren gekommen sind. Der ab 1. April für Gotha zu zahlende fünfte Pfennig Lohnerhöhung wurde allen Kollegen zuteil.

Was die Mitgliederbewegung anbelangt, so war auch in diesem Jahr der Abgang ein recht großer. Wegen reizender Beiträge mußten 78 Mitglieder gestrichen werden, abgereist sind 44, zum Militär wurden 204 geholt (mit denen des Vorjahrs sind das zusammen 544), gestorben sind 4 Mitglieder. Demgegenüber will der Zugang von 77 Mitgliedern, darunter 66 Neuauftakten, nicht viel bedeuten, so daß sich die Mitgliederzahl wesentlich verringern mußte. Es gehören zurzeit gut Filiale Gotha noch 21 Zahlstellen. In den Orten Gossel, Stockheim, Sonneberg und Langenselza wurden die leichten Mitglieder zum Militär eingezogen, so daß diese Zahlstellen einschreien eingehen mußten. Neu hinzugekommen ist die Filiale Coburg, und zwar aus Zweckmäßigkeitsgründen, für die Dauer des Krieges.

Die Gesamteinnahme für das Geschäftsjahr 1915 beträgt M. 13.901,42, der eine Gesamtausgabe von M. 9918,48 gegenübersteht. Es verbleibt somit ein Vortrag von M. 3987,94. An Unterstützungen wurden ausgegeben: Krankengeldzuschuß M. 1143, Sierbegeld M. 490, Arbeitslosenunterstützung M. 77, Kriegsunterstützung M. 1019.

Das Versammlungsleben hat infolge der durch den Krieg hervorgerufenen abnormalen Verhältnisse arg gelitten. In den Zahlstellen mit den geringen Mitgliederzahlen konnten nur noch Einzelbesprechungen vorgenommen werden. Dagegen mußte der idyllische Verkehr schon mit Rücksicht auf die statutarischen Änderungen ein sehr reger sein. Am Filialort wurden 11 Mitgliederversammlungen abgehalten.

Bordandisitzungen machten sich im Berichtsjahr zehnmal. Das gemeinsame Arbeiten und Wirken der Filialverwaltung wurde immer wieder gezeigt durch die Einberufungen zum Militär. So holte man uns nach der Reihe unsere Kollegen Koch, Rappert, Kukuk und Gottschling weg, ebenso die Revieren Meunzert und Grimm. Auch das Christamt mußte ergänzt werden. In allen Fällen fanden sich bereitwillig Kollegen, die die entstandenen Lücken ausfüllten.

Werkstattversammlungen wurden 16 einberufen, meistens für die Lackierereibetriebe.

Die Lackierereibewegung am Lere läßt viel zu wünschen übrig, namentlich indem die Kollegen der Waggonfabrik in Frage kommen. Während bei Kupfer & Böhm und Paul Kaufsch

Organisationsverhältnis ein befriedigendes zu nennen ist, zieht es die große Mehrzahl der in der Waggonfabrik Beschäftigten vor, der Organisation fernzubleiben. Anschein eingesehen, daß sie gerade jetzt verpflichtet sind, die Träger der Organisation zu bilden, folgen sie der Schauschläger gewisser gewohnheitsmäßiger Querulant und entziehen sich somit der Pflicht, die wir jetzt, namentlich hinsichtlich unserer draußen im Felde liegenden Kollegen, zu erfüllen haben. Wer nicht jedes Gemeinsamkeitsgefühl hat, wird früher oder später auch noch einmal zur Einsicht kommen.

Das Ortsamtstag tagt zweimal. Es beschäftigte sich mit der Beratung über Eingaben an die Behörden und mit Aufrufen an die Privatkundenschaft wegen Beschaffung von Arbeitsgelegenheit. Wie später festgestellt wurde, ist die Arbeit nicht vergleichbar gewesen. Auch die Arbeitsgesetzgebung war Gegenstand der Beratungen.

Die Posteingänge und -ausgänge haben trotz der verminderten Mitgliederzahlen nicht wesentlich abgenommen; dasselbe läßt sich auch von der Anfertigung von Drucksachen wie Hand- und Einladungssettel, Brülare usw., sagen.

Der Geschäftsführer war an Versammlungen, Belehrungen, Haushaltungen, Haussitzungen, Revisionen und sonstigen Handlungen an 18 Tagen, darunter an 7 Tagen am Beratungstag des Bezirksleiters beziehungsweise Hauptvorstandes außerhalb Gotha tätig. Werner nahm an 10 Vorstandssitzungen, 11 Mitgliederversammlungen, 6 Revisionen, 16 Werkstattbesprechungen, 12 Kartätschungen in Gotha.

Als eine gute Vorbedeutung für spätere Zeit will es uns scheinen, daß unsere Kollegen draußen an der Front unsern Bestrebungen in der Heimat auch jetzt in ihrer doch gewiß recht schwierigen und gefährlichen Position gegen Interesse entgegenbringen und ihren "Vereins-Anzeiger" regelmäßig zugesandt verlangen. Wahrschafft aufmunternd muß es immer wieder wirken, wenn sie uns auffordern nicht zu erlahmen und das Geschaffene hochzuhalten. Wenn sie zurückkommen, wollen sie gern wieder rüstig mit greifen. Möge diese Zeit nur recht bald kommen; möge aber auch alle zurückgebliebenen Kollegen diese Aufrufungen unserer Vertragsgenossen im Waffenrock beherigen und befolgen.

Schließlich erachten wir es noch für unsere Pflicht, derer zu gedenken, die als Opfer des kriegerhaften Krieges ihr Leben hingegeben mussten. Es sind das bis heute von der Filiale Gotha 42 Mitglieder. Auch unseres allseitig geehrten und geachteten Bezirksleiters, des Kollegen Gau, haben wir an dieser Stelle zu gedenken. Seine unermüdliche, rastlose Tätigkeit im Dienste der Arbeiterbewegung wird nicht vergessen werden.

## Baugewerbliches.

Aus München geht uns zu dem Bericht in Nr. 5 nachstehende "Mittelstellung" zu: Die Ausführungen über den Gerüstaufbau stimmen. Glücklicherweise war der Unfall jedoch nicht so schwerwiegender Natur. Auch ist das Kind nur im Schreken davonkommen. Der abpringende Kollege hat sich die Hand verletzt und der untenstehende durch das herabfallende Brett den Fußknöchel gebrochen. Es ist ältester Kollege und jetzt sowohl wiederhergestellt, daß er seinem Beruf wieder nachgehen kann. Natürlich hat er größerer Anstrengung immer noch Schmerzen.

Gegen das Urteil wegen fahrlässiger Körperverletzung halte der verurteilte Kollege Einspruch erhoben mit der Begründung, daß er nur im Auftrage des anwesenden Meisters das Gerüst aufgebaut und dieser es für gut befand. Meister sollte meinen, der Kollege hätte danach freigesprochen werden müssen. Das Gericht jedoch stellte sich auf den Standpunkt, daß Gesetzesunkenntnis nicht vor Strafe schütze und verminderte die Strafe von M. 40 oder vier Tage Haft auf M. oder zwei Tage Haft. Durch Zeugenaussagen wurde unter anderem von dem Vertreter der Baubergärtnergenossenschaft berichtet, daß die Maler die Gerüste besonders leichtfertig bauen. Natürlich konnte er aber eine praktische, brauchbare Leitung nicht beibringen. Hier können nur Arbeitervertreter die von der Pike auf gedient haben, in Frage kommen.

Nehmen wir an, in tegendeinem Bureauwinkel hängt die Bauarbeiterbeschlußbestimmungen. Wer liest sie da? Es sollen uns damit befassen, was natürlich jeder Kollege genau tut, wenn er für seine und seiner Mitmenschen Gesundheit Interesse hat. Wie soll sich aber der Kollege, der tagtäglich hunderte Quadratmeter, womöglich in Akkord, zu streichen hat, mit den vielen Paragraphen befassen? Denn unser Gewerbe ist gerade ein zu vielseitiges, bei unserer jahrlänglichen Streicheleinheit, von Malereien ganz abgesehen, denn da brauchte man früher bei einigen Einzelzügen ein Gerät ist die Sache anders; wenn alle andern Arbeiter in Arbeit vollendet haben, und das Mauergerüst verschwunden ist, dann kommen wir mit unserer Kalkulationsbüste und vollbringen die riesigen Tongleiststücke. Wer hält die Kollegen davon ab? Nur die Arbeiterorganisation ist hier imstande, diese Mängel auszumerzen. Hat man doch sogar in Staatsbauten mit zwölf bis fünfzehnprozentigen Leiteröffnungen Kolossal zu arbeiten. Und das alles unter Staatsaufsicht. Es brachte der "Vereins-Anzeiger" erst neulich einen Artikel über unheimlich wirkende Anstrichfarbenmittel für Bleiweiß, aber nicht für Oelsatzmittel, ein. Mehlblatt vor Jahren auf Drängen der Arbeiterkundschaft herausgegeben worden. Dieses muß noch vervollständigt werden.

Ebenso nötig wäre aber auch ein Mehlblatt über Gerüste im Mauergerwerbe, damit wir die Arbeitgeber auf mangelfreie Ausführung aufmerksam machen können. Von den polizeilichen Vorchristen wissen die meisten Kollegen leider nichts und erst recht nicht die zugereisten, womit ja tatsächlich die Großstädte zu rechnen haben. Erst dann haben die Bauarbeiterbeschlußbestimmungen, Ausschreibungen und Museen den ausklärenden Segenbringenden Bedarf. Ich müßte mir als Zeuge von dem Vorstehenden am Gerüste lassen: Das Gesetz läuft nicht dem Arbeiter nach, sondern der Arbeiter hat den Gesetzen nachzuhören. Tressender kann uns Kollegen nicht antworten können.

Darum kämpfen für besseren Bauarbeiterbeschluß, für ein menschenwürdiges Dasein! Paul Kaufsch

## Gewerkschaftliches.

Theodor Leipart, der Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, konnte am 1. April sein fünfzigjähriges Jubiläum als Verbandsleiter feiern. Was Leipart durch seine ungewöhnliche Arbeitskraft und großen Fähigkeiten seiner Berufsgewerbeorganisation geleistet ist, in der erfreulichen Entwicklung und Leistungsfähigkeit des Deutschen Holzarbeiterverbandes sichtbar zum Ausdruck gekommen. Aber auch die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen hat seiner wichtigen Tätigkeit und Anregung manch Gutes zu danken. Dem Jubilar entstehen wir unsere besten Glückwünsche.

**25 Jahre Deutscher Textilarbeiterverband.** Am 1. März wurden es 25 Jahre, daß der Textilarbeiterverband zu Pöhlung beschloß, einen Textilarbeiterverband für das ganze Reich zu gründen. Als Sitz des Verbandes wurde Berlin bestimmt, der Wochentbeitrag wurde auf 3 Pf. festgesetzt. Am 26. Mai 1891 konnte der Verband eine öffentliche Tätigkeit beginnen. Als erster Vorsitzender wurde von der Berliner Organisation Paul Petersdorf gewählt, der aber schon nach kurzer Zeit von dem noch jetzt im Amt beständigen Vorsitzenden Carl Hübsch erlegt wurde.

Nur schöner ist die Entwicklung nach aufwärts vor sich gegangen. Noch lange spulte der Geist der Volksorganisation. Viele Berufanghörige gaben sich dem Gedanken, in örtlichen Organisationen die Interessen des Berufes ihrer vertreten zu können. Der auf dem Pöhlunger Kongreß festgesetzte 10-Pf.-Beitrag wurde ganze zehn Jahre beibehalten. Erst auf der Generalversammlung in Göhnik im Jahre 1900 drang die Notwendigkeit einer Beitragssteigerung durch. Die Generalversammlungen von Hannover, Mühlhausen i. Th. und Leipzig bestimmten dann den Beitrag für Erwachsene auf 80 bis 80 Pf.

Die vornehmste Aufgabe jeder gewerkschaftlichen Organisation ist auf die Erhöhung der Löhne und Arbeitsbedingungen gerichtet, und auch hier hat der Jubilar getan, was irgend möglich war. Es ist in der Textilindustrie nicht möglich, die errungenen höheren Löhne tatsächlich zu beweisen, da in der Hauptfache meist komplizierte Körbchen gezeichnet wird. Der Aufstieg an den einzelnen Betrieben ist aber unverkennbar. In einzelnen Branchen hat die Verdienstmöglichkeit während des Krieges und Kampfes der Organisation mehr als verdoppelt, in allen ist sie aber stark gestiegen. Genau so liegt es mit der Erklärung der Arbeitzeit.

Der Aufstieg zu besseren Arbeitsbedingungen war unter den schwersten Kämpfen möglich. Gerade die Großindustrie hat sich den Textilarbeitern am heftigsten entgegengestellt, und auch heute noch sind es die Inhaber Großbetriebe, die unter allen Umständen auf dem Leistungspunkt beharren wollen, die vielfach ein Verhandeln und eine Verständigung mit der Organisation ablehnen und so zur Verschärfung des Kampfes beitragen.

Den ersten größeren Kampf hatte die noch junge Organisation im Jahre 1898 in Cottbus zu bestehen, weitere schwere Kämpfe in Kreisfeld und Greiz (wiederholt), im Supttel und Meerane, in Grimma, in dem Gauen und Erzgebirge, in Sachsen-Thüringen und der Saarburg. Waren auch nicht alle Kämpfe zu gewinnen, so gab sie doch in ihrer Gesamtheit zu dem Aufstieg der Textilarbeiter ihr großes Teil beigetragen. Der Grimmauer Kampf um den Feiertagssonntag sei besonders erwähnt, da er — veranlaßt durch das Parteiereignis der thüringischen Regierung und der Grimmauer Behörden — die Solidarität der gesamten Arbeiterklasse auslöste.

Der Grimmauer Kampf und das dabei betundete Solidaritätszeugnis der deutschen Arbeiterklasse war unter Umständen ein großer Faktor zur Weiterentwicklung des Verbandes. Es war ein Wendepunkt im Entwicklungsprozeß der Organisation. Ein größerer Ausbau der Organisation erfolgte, die Agitation wurde auf breiterer Basis beobachtet, die Beiträge erhöht, und der Verband kam in die ge, große, langwierige Kämpfe aus eigenen Mitteln hinein zu können.

Rheinlande Kämpf für Brot, für mehr Freizeit, aber auch das innere Verbandsleben nicht unberücksichtigt geblieben. Um den gewonnenen Mitgliedern auch in Wechselfällen des Lebens zur Seite zu stehen, ist, dem Geiste der Zeit folgend, das Unterstützungsnetz ausgebaut worden. Seit Bestehen des Verbandes bis zum Jahreszug 1915 sind für die verschiedenen Unterstützungen insgesamt 10.667 Milliarden Mark aufgegeben worden, davon allein für Sozialunterstützung 8.458. Für Bildungsarbeit und Bibliothek in derselben Zeit 1.869.778.

Der jetzt zwanzig Monate währende Krieg hat auch auf die Organisation der Textilarbeiter stark eingewirkt. Ein großer Teil der leistungsfähigsten Mitglieder steht im Kriege; eine größere Zahl ist leider auch als Opfer zu beklagen. In wirtschaftlicher Beziehung war der Krieg für Textilindustrie und damit auch für den Textilarbeiterverband von den einschneidendsten Folgen. Beide Kriegnahme, Rohstoffe und fertige Waren, gefährlich verkürzte Arbeitszeit und eine erhebliche Arbeitslosigkeit waren die Beleidigungen. Hoffen wir auf einen baldigen Frieden, damit auch die Arbeiterorganisationen ihre Friedensarbeit wieder aufnehmen können.

Über die Wirkung der Tabaksteuer auf die Löhne sagt das Fachorgan des Tabakarbeiterverbandes recht erstaunliche Angaben, deren Wiedergabe im Anbetracht der planten neuen Steuerbelastung des Tabaks uns wichtig scheint. Der "Tabakarbeiter" schreibt unter anderem:

"Die Löhne der Tabakarbeiter stehen bekanntlich an der niedrigsten Stelle der Löhne gewerblicher Arbeiter in Deutschland. Das ist zum nicht geringen Teil der Steuerlast zuzuschreiben, die die Tabakindustrie zu tragen hat. Vor der ersten großen Steuererhöhung im Jahre 1879 standen die Löhne der Tabakarbeiter im Verhältnis zu den übrigen gewerblichen Arbeiter als gut. Leider haben wir über den Rückgang der Löhne nach der Steuererhöhung von 1879 keinen zahlenmäßigen Beweis, doch können wir feststellen, wie sehr die Tabakarbeiter alljährlich ins Hintertreffen gekommen sind. Nur ein paar Zahlen: Im Jahre 1911, als der Jahresdurchschnittslohn

in der Tabakindustrie nach der Tabak-Berufsgenossenschaft 630 betrug, hatten die gesamten gewerblichen Arbeiter in Deutschland bereits einen solchen von 611 erreicht, so daß eine Differenz von 21 betrug. Aber die Differenz wird leider immer größer. Im Jahre 1912 betrug der Jahresdurchschnittslohn in der Tabakindustrie 655, der der gesamten gewerblichen Arbeiter 611, so daß die Differenz nun schon 44 beträgt. Im Jahre 1913 stieg der Durchschnittslohn in der Tabakindustrie auf 675, der Lohn der gesamten gewerblichen Arbeiter aber auf 615, so daß sich die Differenz wieder vergrößerte, und zwar auf 60."

Nachdem dann zahlenmäßig dargetan ist, wie sehr diese Steuererhöhungen den Unternehmern Herauslassung geben, ihre Betriebe in ländliche Distrikte zu verlegen, weil dort niedrigere Löhne gezahlt werden können, wird die Wirkung der Steuererhöhung auf die Löhne wie folgt gezeigt:

"Im Jahre 1907 betrug der Jahresdurchschnittslohn der deutschen Tabakarbeiter 603, im nächsten Jahre erfolgte eine Steigerung auf 614; das war die übliche, freilich sehr mäßige Steigerung, wie sie auch in den vorhergegangenen Jahren zu bemerken war. Aber schon im Jahre 1909, in welches noch vierthalb Monate der erhöhten Besteuerung fallen, ist die Steigerung nur noch 4; der Durchschnittslohn betrug nämlich 618. Als aber das Jahr 1910 die erste volle Wirkung der Wertsteuer brachte, sank der Durchschnittslohn sogar auf 616, also gegen das Vorjahr um 2 Pf. Dann beginnt wieder ein langsame Steigen. Daran ist doch wohl deutlich genug zu erkennen, daß eine Steuererhöhung sogar ganz direkt niedrdrückend auf den Lohn wirkt. Hätten wir damals nicht die Steuererhöhung gehabt, wäre die Entwicklung in normalen Bahnen weitergegangen und der Durchschnittslohn der Tabakarbeiter stünde um etwa 80 im Jahre höher. Und das mutet man erneut einer Arbeiterschaft zu, die in ihren Löhnen noch unter denen der schlesischen und sächsischen Weber steht!"

Zum Schluß des Artikels heißt es dann:

"Die Regierung will 87 Millionen aus der Zigarettensteuer, 72,8 Millionen aus der übrigen Tabaksteuer und den Hößen neu herausholen. Das kann nicht ohne Wirkung bleiben, mag auch während des Krieges der Geschäftsgang noch so flott sein. Wenn es dann flauter wird, dürfte ein allgemeiner Westlauf nach Verbilligung der Produktion eingesetzen, dann aber sind die Tabakarbeiter wieder die Leidtragenden."

Der Tarifausschuß der deutschen Buchdrucker hat beschlossen, die Gültigkeitsdauer des bis 31. Dezember d. laufenden deutschen Buchdruckertarifs auf ein weiteres Jahr zu verlängern, und zwar bis zum 31. Dezember 1917. An die Prinzipalmitglieder der Tarifgemeinschaft wird gleichzeitig die dringende Bitte gerichtet, durch Gewährung von Steuerungsauslagen ihren Gehilfen entsprechend zu entschädigen, damit es denselben möglich ist, auch bei den außerordentlich verteuerten Lebensbedingungen ihre Verpflichtungen gegen Staat und Familie zu erfüllen. Es ist nur zu wünschen, daß dieser berechtigte Wille um Steuerungsauslage allgemein sofort entsprochen wird; denn die Notwendigkeit hierzu liegt längst vor.

## Sozialpolitisches.

**Der vierte Milliardenstieg.** Nach den glänzenden Ergebnissen der drei ersten Anleihen ist der Erfolg der vierter deutscher Kriegsanleihe um so höher zu bewerten. Von den gezeichneten 10.667 Milliarden Mark entfallen auf fünfprozentige Reichsanleihe 7.106 Milliarden, auf fünfsprozentige Reichsanleihe-Schuldbuchintragungen 1.899 und auf vierthalbprozentige Reichsschatzanweisungen 1.582 Milliarden Mark. Auf die fünfsprozentige Reichsanleihe wurden zusammen also mehr als neun Milliarden gezeichnet, während ein verhältnismäßig geringer Teil auf die vierthalbprozentigen Reichsschatzanweisungen entfiel, für deren Rückzahlung bekanntlich ein bestimmter Zeitpunkt vorgesehen ist. In der Bevorzugung der fünfsprozentigen Reichsanleihe ist ein weiteres Zeichen politischer und wirtschaftlicher Zuversicht zu erkennen; denn für die fünfsprozentige Anleihe ist das Reich an einen Termin der Erfüllung nicht gebunden. Insgesamt sind nun mehr durch Kriegsanleihen in Deutschland 86,40 Milliarden Mark aufgebracht worden, wobei die Eingezahlung von über 25 Milliarden Mark sich ohne jede Beeinträchtigung des Wirtschaftslebens vollzog. Zweifellos wird auch die Einzahlung der letzten Anleihe sich nicht minder glatt abwickeln. Selbst bei nüchternster Betrachtung wird man diese Leistungen als überwältigend ansehen müssen; sie bilden eine Finanzkraft, die nicht nur im Auslande, sondern auch im eigenen Lande gewaltig unterschätzt worden ist.

Vor noch die amtlichen Stellen volle Klarheit über die Höhe der letzten Bezeichnungen besaßen, verbreitete der englische Kriegsdienst die Meldung, daß das Ergebnis trotz heftigster Agitation sich als ein Fiasco erweist. Nach diesem Rezept verfuhr England schon bei den früheren deutschen Anleihen; diesmal war es zu Versuchen, die deutschen Finanzsiegze abzuleugnen oder zu verkleinern, um so mehr geeignet, als es alle Veranlassung hat, über die eigenen Anleiheergebnisse ebenso wie über die Frankreichs der Welt möglichst wenig zu erzählen. In diesen Tagen berichtete "Daily Mail", die Entschließung der britischen Regierung, bei den Kriegsanleihen keine Auslosungsprämien zu gewähren, stößt auf allgemeinen Widerstand. In einer vor kurzem abgehaltenen Versammlung maßgebender Geschäftsleute in London sei festgestellt worden, daß derartige Auslosungsprämien doch kommen müßten, sonst würde sich jedenfalls der kleine Sparer an den Kriegsanleihen nicht beteiligen. England hat dabei seine bisherigen Anleihen zu Bedingungen vergeben müssen, die eine völlige Unwälzung der traditionellen englischen Kreditverhältnisse bedeuten; aber von einer finanziellen Erschöpfung kann auch dort nicht die Rede sein. Zu Frankreich wurde in diesen Tagen die Höchstziffer der Notenausgabe der Bank von Frankreich, die durch Erlass vom 1. Mai 1915 einstweilen auf 15 Milliarden Frank festgesetzt war, auf 18 Milliarden erhöht.

Vor Kriegsausbruch war der Höchstbetrag auf 8,6 Milliarden Frank begrenzt, er wurde dann auf 12 Milliarden und später auf 15 Milliarden infolge der starken Inflations-

nahme durch den Staat herausgesetzt. Die Hoffnung, eine derartige Maßnahme durch einen starken Erfolg der Anleihe, die man als "Siegedanteile" vertrieb, erfüllen zu können, erfüllte sich nicht, weil das Anteilerecht sich ökonomisch erwies.

**Die deutsche organisierte Arbeiterschaft leistet Großartiges im Kriege!** Wir wollen heute nicht von den ungeheuren Leistungen unserer Feldgrauen berichten, die allgemein, wenigstens heute noch, anerkannt werden. Wir meinen die finanziellen Leistungen der Organisationen hinter der Front für die zurückgebliebenen Familien der ins Feld Bezojenen. Dafür bringen alle gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen geradezu staunenswerte Opfer. So hat der Verband der deutschen Buchdrucker zum Beispiel von Kriegsbeginn an bis Ende Dezember 1915 6.381.107 an Unterstützungsgeldern ausgezahlt, davon an Familienunterstützung aus Frau- und örtlichen Kassen allein 1.006.135. Über so groß auch diese Opfer sind, sie bedeuten einen Bruchteil dessen, was nach dem Kriege notwendig sein wird für die Familien, deren Ernährer die Heimat nicht wiederherstellen zu helfen, ist die Volksfürsorge-Kriegsversicherungslasse bestimmt, bei der alle Kriegsteilnehmer versichert werden sollten. Diese Notwendigkeit wird dringend erwiesen durch die Zahl der Opfer, die der Krieg erfordert. Von den 41.611 organisierten Buchdruckern, die zum Heeresdienst einberufen wurden, waren am 31. Dezember 1915 8.281 als gefallen oder gestorben gemeldet; von den 25.815 (17.238 verheiratet) eingezogenen Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei in Hamburg sind bis Ende 1915 1.240 (763 verheiratet) als gefallen gemeldet. Dabei werden sicher zahlreiche Familien sein, die es sehr bedauern, sich nicht an der Kriegsversicherungslasse beteiligt zu haben. Nach dem Stande der Kasse am 11. März sind 6.339.980 für 67.980 Anteile eingezahlt, die drei Monate nach Friedensschluß unter die Familien zur Verteilung gelangen, die Angehörige im Krieg verloren haben. Es wird eine gute Hilfe für viele sein, deren man sich beladen verschaffen sollte! Jede Rechnungsstelle der Volksfürsorge nimmt Versicherungen entgegen. Für jeden Kriegsteilnehmer können bis zu 20 Anteilscheine für je 5 Pf. erworben werden.

**Eine Fleischfleischstelle.** Zur Sicherstellung des Fleischbedarfs des Heeres und der Marine sowie der Zivilbevölkerung hat der Bundesrat in seiner Sitzung vom 27. März 1916 eine Verordnung über die Fleischversorgung erlassen. Danach wird für das gesamte Reichsgebiet die Bildung einer Reichsfleischstelle für die Versorgung mit Fleisch und Fleisch (Fleischfleischstelle) vorgesehen. Sie hat die Ausbringung von Fleisch und Fleisch im Reichsgebiet und deren Verteilung sowie die Verteilung des aus dem Ausland eingeführten Schlachtwiehs und Fleisches zur Aufgabe und ist zu diesem Zweck mit einer Reihe von Fleischbefreiissen ausgestattet. Sie bestimmt den Umsatz der für die Gemeinde oder den Kommunalverband zuzulassenden gewerblichen Schlachtungen und die Anrechnung der Haush- und Motschlachtungen auf den Anteil; sie regelt den Fleisch- und Fleischwarenversand aus einem Kommunalverband in den eines andern Bundesstaates. Den Landeszentralbehörden ist die Verpflichtung auferlegt, für rechtmäßige und vollständige Beschaffung des Bedarfs an Schlachtieren zu sorgen. Ist freihändiger Ankauf nicht möglich, so erfolgt die Ausbringung — nötigenfalls im Zwangsverkaufe — durch die Kommunalverbände und Gemeinden. Endlich sind die Gemeinden zur Durchführung einer Verbrauchsregelung von Fleisch und Fleischwaren verpflichtet worden.

## Genossenschaftliches.

**Die Kriegswaisenversicherung durch die Volksfürsorge** wird in Nummer 8 der Monatschrift "Volksfürsorge" in ihrer Einzelheiten mitgeteilt, wie sie die Genehmigung des Aufsichtsamts für Privatversicherung gefunden hat. Vielfach wird in der Öffentlichkeit eine sogenannte Kriegspatenversicherung propagiert. Da jedoch bei den wirtschaftlich meist schlecht gesellten Arbeiterschichten die Übernahme von Kriegspaten selbst mit Begünstigung des betreffenden Kindes nicht besonders häufig sein wird, sondern man sich mehr darauf beschränkt wird, durch Versicherung der Kriegspaten diesen beim Eintritt ins Leben finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, so war es geboten, diese Versicherungen ohne besondere Schwierigkeiten den bestehenden Einrichtungen der Volksfürsorge anzupassen. Der Vorstand der Volksfürsorge hat deshalb nach reiflicher Überlegung zu dem Entschluß, keine neue Versicherungsart einzuführen, auf einen Verzugsstarif (Versicherungen mit bestimmter Verfallzeit) zu verzichten, sondern im Rahmen der bereits bestehenden Tarife Einrichtungen zu schaffen, die dem Zweck der Kriegspatenversicherung weitgehend Rechnung tragen.

Nach einer detaillierten technischen Darstellung der einzelnen für diese Versicherungen in Betracht kommenden Tarife wird in der Monatschrift weiter gesagt:

"Durch die bei der Volksfürsorge nun gebotenen verschiedenen Möglichkeiten kann der Zweck einer Versorgungsversicherung in vorzülicher Weise erreicht werden. Will man dem Kind für die Zeit der Schulentlassung zur Erlangung einer günstigen Lehrstelle Mittel zur Verfügung stellen, so sind die Kinderstarife IV und IVa besonders zu empfehlen. Legt man mehr Wert darauf, für das reifere Alter des Kindes, zur Gründung eines Geschäfts oder eines eigenen Hauses die Mittel sicherzustellen, dann sind die Tarife II und VI die geeigneteren.

Es ist sonach für alle Behörden und Organisationen, die für die Kriegswaisenversicherung öffentlich werben, möglich, die Volksfürsorge dringend zu empfehlen, wenn sie Wert darauf legen, ihren Interessenten die freie Wahl der Gesellschaft zu lassen. Für die Funktionäre der Volksfürsorge, für die Gewerkschaften und Genossenschaften bieten die neuen Einrichtungen eine günstige Gelegenheit zur erfolgreichen Propaganda für den Abschluß von jenen Versorgungsversicherungen auch im Kreise der gesamten Arbeiterschaft.

In keiner Schicht der Bevölkerung wird der Verlust des Ernährers im Kriege so tief und so bindende Wirkungen haben als in der Arbeiterschaft, und für keine Schicht wird die öffentliche Teilnahme weniger stark sein

als gerade für diese. Es wird deshalb, wie immer, so auch jetzt. Sache der Arbeiter sein, auch in dieser schwierigen Lage für ihre Angehörigen selbst zu sorgen. Wer auf dem Wege der Versicherung die Existenz und das Fortkommen auch nur eines einzigen Kriegswaisenkindes sichergestellt, der hat nicht nur eine Tat des landläufigen Patriotismus erfüllt, sondern er hat eine Dankesschuld abgezahlt, die wir alle denen schulden, die unter Zurücklassung ihrer Familie im Kampfe für die Selbständigkeit und die Existenz des Vaterlandes ihr Leben lassen mussten."

## Fachtechnisches.

Die Bekanntmachung über das Verbot der Verwendung von Ölen und Fetten zur Herstellung von Degras, Lacken, Firnis und Farben vom 1. März 1916 (siehe "Vereins-Anzeiger" Nr. 12 und 13) ist durch eine andere Bekanntmachung vom 14. März ersetzt worden. Diese lautet:

### Artikel 1.

Pflanzliche oder tierische Öle oder Fette dürfen zur Herstellung von Degras, Degras-Moellon und Moellon sowie zur Herstellung von Loden, Firnis und Farben, die zur Lackfabrikation dienen, nur mit Zustimmung des Kriegsausschusses für pflanzliche und tierische Öle und Fette in Berlin verwendet werden, der sich hierbei der Vermittlung der Kriegsleiter-Mitengesellschaft in Berlin bedient.

### Artikel 2.

Pflanzliche Öle (Leinöl, Hanföl, Mohnöl, Holzöl usw.) dürfen zur Herstellung von Loden, Firnis und Farben sowie zum Anstreichen nur in Mischungen mit andern Stoffen verwendet werden. Die Mischung darf an pflanzlichen Ölen nicht mehr als 25 p.ßt. des Gewichts des Endergebnisses, bei Loden, Firnis und Lackfarben, die im Ofen getrocknet werden müssen, nicht mehr als 50 p.ßt. des Gewichts des Endergebnisses enthalten.

Die Vorschriften des Abs. 1 finden keine Anwendung 1. auf die Herstellung und Verwendung von Loden, Firnis und Farben, die zur Lackfabrikation dienen,

2. auf die Herstellung und Verwendung von Loden, Firnis und Farben zu künstlerischen Zwecken.

### Artikel 3.

Diese Bekanntmachung tritt am 15. März 1916 in Kraft und an die Stelle der Bekanntmachung über das Verbot der Verwendung von Ölen oder Fetten zur Herstellung von Degras, von Loden, Firnis und Farben vom 1. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 143). — Loden, Firnis und Farben, die am 15. März 1916 bereits fertiggestellt sind und sich nicht mehr im Besitz des Herstellers befinden, dürfen ohne Rücksicht auf die im Artikel 2 Abs. 1 vorgesehenen Beschränkungen zum Anstreichen verwendet werden.

Neu bedingungsweise geändert ist in der neuen Fassung folgendes:

#### 1. In Artikel 2 ist der Satz:

Die Mischung darf an pflanzlichen Ölen nicht mehr als 25 p.ßt. des Gewichts des Endergebnisses enthalten" ergänzt worden durch:

bei Loden, Firnis und Lackfarben, die im Ofen getrocknet werden müssen, nicht mehr als 50 p.ßt. des Gewichts des Endergebnisses.

#### 2. Der letzte Absatz des Artikels 2

Die Vorschriften des Abs. 1 finden keine Anwendung auf die Herstellung und Verwendung von Loden, Firnis und Farben, die zur Lackfabrikation dienen

ist erweitert worden auf die Herstellung und Verwendung von Loden, Firnis und Farben zu künstlerischen Zwecken.

#### 3. Neu ist in Artikel 3 der Zusatz:

Loden, Firnis und Farben, die am 15. März 1916 bereits fertiggestellt sind und sich nicht mehr im Besitz des Herstellers befinden, dürfen ohne Rücksicht auf die im Artikel 2 Abs. 1 vorgesehenen Beschränkungen zum Anstreichen verwendet werden.

Das letzte ist die zweifellos wichtigste Änderung der Verordnung. Sie ermöglicht die Verarbeitung aller bei Verbrauchern und Händlern befindlichen Lackvorräte. Dagegen müssen die in Fabriken lagernden, also im Besitz des Herstellers befindlichen Lackvorräte sämtlich umgearbeitet, also auf den zugelassenen Höchstgehalt an Flüssigkeiten eingestellt werden.

## Verschiedenes.

Bewehrung der Laubentoloniens. Die Laubentoloniens haben in Friedenszeiten nicht immer die Bedeutung gefunden, die sie vom volkswirtschaftlichen, hygienischen und sozialen Standpunkt verdienst. Ihr Entstehen und ihr Bestehen ist eine Folge der Reizung des Menschen zur Natur, zur Tier- und Pflanzenwelt und ein Ausdruck der Liebe zur eigenen Scholle. Diese Bewegung, die von den arbeitenden Schichten der Bevölkerung ausgeht, wird von einem Idealismus getragen, der erhalten, gepflegt und gefördert werden muss.

Der volkswirtschaftliche Wert der Laubentoloniens ist in ihren Erfolgsjahren zu jüngst, deren Gesamtheit nicht unterschätzt werden darf und für die allein die starke Nachfrage nach Samenreihen bezeichnend ist, die den besten Überblick über den Umfang abzugeben vermögen, den die Entwicklung der Laubentoloniens im Laufe der letzten Jahre genommen hat.

Der hygienische Einfluss der Laubentoloniens liegt in ihrer gesundheitlichen Wirkung. Von März bis in den

Oktobe hinein bieten Sonn- und Wochentage für die sonst in geschlossenen Räumen arbeitenden Erwachsenen und besonders für die heranwachsende Jugend Bewegung in freier Luft unter dem wohlütigen Einfluss der Sonnenstrahlen. Gegenüber dem in Großstädten herrschenden Wohnungsleben mit den lust- und lichtlosen Räumen, die für eine ganze Anzahl von verheerenden Krankheiten und Seuchen Verantwortung bieten, ist die durch die Laubentoloniens mögliche Bewegung in frischer und freier Luft ein Gegen- gewicht, dessen Wert für den durchschnittlichen Gesundheitszustand sicherlich noch nicht genügend gewürdigt wird.

Daraus erhellt gleichzeitig der soziale Wert der Laubentoloniens.

Der Wert der Laubentoloniens ist also vielfältig. Er steigt während der Kriegszeit zu großer wirtschaftlicher Bedeutung.

Wir benötigen den Ertrag der Laubentoloniens dringend für die Bewege der Volksernährung, besonders für Gemüsebau und Kleintierzucht. Die Landwirtschaft leidet unter Mangel an Arbeitskräften und Spannweite. Sie wird alles daran setzen müssen und mit äußerster Spannweite im Wirtschaftsbetrieb zu arbeiten haben, um ihre Aufgabe, Erhaltung und mögliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung, zu erreichen.

Das erforderliche Mehr an landwirtschaftlichen Erzeugnissen muss der Verbraucher aufbringen, unter ihnen vor allem die Laubentoloniens, denen in diesem Kriegsjahr die Wege besonders geeignet werden müssen.

Diese Aufgabe fällt den Gemeinden zu; sie sind berufen, die Verpachtung brachliegender Ländereien und von Arealen zu organisieren, um sie Familien zur Bebauung zur Verfügung zu stellen. Den Gemeinden wird auch obliegen, für Unzäumung, Aufteilung, Oblehrung und Aufsicht zu sorgen und besonders die Wasserversorgung zu regeln, die ja Voraussetzung für jeden Erfolg ist.

Volkswirtschaftliche Gesichtspunkte erfordern in dieser Weise vorzugehen; denn die Erzeugung der Laubentoloniens wird für die Ernährung der Bevölkerung dringend benötigt. Mögen alle, die dazu beihelfen können, bei Zeiten ihres Pflicht begriffen.

Die täglichen Kriegskosten sollen, wie kürzlich Schatzsekretär Dr. Helfferich bei seiner Begründung der Steuervorlage im Reichstag ausführte, für Deutschland 45 bis 50 Millionen Mark betragen. Einschließlich der laufenden Kriegskosten aller mit Deutschland verbündeten Staaten verschlingt der Krieg täglich die Miesensumme von 110 Millionen Mark. England soll an täglichen Kriegsausgaben 90 bis 100 Millionen haben, Frankreich und Russlands Kriegsausgaben sind für jeden dieser Staaten denselben des Deutschen Reiches gleich, insgesamt veranschlagen die gegnerischen Staaten für Kriegszwecke täglich 240 Millionen Mark. Die Gesamtausgaben während der bisherigen Dauer des Krieges sollen sich nach Dr. Helfferich für Deutschland auf 50 bis 55 Milliarden Mark, für die gegen Deutschland kämpfenden Staaten auf 100 bis 105 Milliarden Mark stellen.

Wohlgemerkt, das sind Zahlen der Ausgaben zur Führung des Krieges. Zu den eigentlichen Kriegskosten gehört der durch den Krieg angerichtete Schaden, die Vernichtung von Hab und Gut, die Zerstörung von festen Wohnplätzen, Dörfern und Städten, von Kunstmärkten, von fruchtbarem Boden, von Ackerland und Wäldern. Dazu kommt der am Kriegsmaterial erlittene Schaden, der Verlust an Transportmitteln, Waffen, Kriegsschiffen und an Menschen.

Vielleicht lassen sich einfalls auch über die materiellen Kriegsschäden Summen angeben; auszudenken jedoch, was für Unheil an den Kulturländern durch den Krieg angerichtet wurde, dafür gibt es weder Zahlen noch Worte. Viele Generationen werden ins Grab gesunken sein, bis alles wieder ausgeglichen ist, was durch diesen Weltkrieg an der Volkswirtschaft, an der Kultur, an der Menschheit gesündigt wurde.

## Literarisches.

**Die Glocke**, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Parvus (Verlag für Sozialwissenschaften G. m. b. H., München). Das eben erschienene erste Heft des zweiten Jahrgangs dieser nun als Wochenschrift herausgegebenen aktuellen Zeitschrift enthält folgende Artikel: K. H.: Ein neuer Abschnitt; Dr. Paul Lenz: Das Stareniel des 4. August; August Winnig: Belgische Zeugnisse; Rechtsanwalt Dr. Bernheim, München: Rechtsanwalt überflüssig; Parvus: Ein Gespräch zur Kriegszeit; Parvus: Einheit der Partei! — Einzelhefte 20 P. — Vierteljährlich M. 2,50 bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

**Praktische Steuerpolitik oder Steuerdogmatik?** ist der Titel einer soeben vom Genossen Cunow im Verlage der Buchhandlung Bormüller Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW 68, erschienenen Broschüre zum Preise von M. 1, Vereinsausgabe 50 P. Inhalt: Keine Selbstauskaltung. — Arbeiterinteressen

und Steuerprinzipien. — Steuerprobleme 1. Teil. — Steuerprobleme 2. Teil. — Staatsmonopole oder neue Steuern? 1. Teil. — Staatsmonopole oder neue Steuern? 2. Teil. — Steuerdogmatik und Steuermöglichkeiten 1. Teil. — Steuerdogmatik und Steuermöglichkeiten 2. Teil. — Nochmals die Monopolfrage. Zu beziehen ist die Schrift durch jede Buchhandlung sowie direkt vom Verlag.

**Die Versorgung der Kriegsstilllebenden, ihrer Familien und ihrer Hinterbliebenen.** Von diesem von der Buchhandlung Bormüller, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW 68, verlegten Führer ist soeben eine verbesserte Auflage erschienen. Sie berücksichtigt die inzwischen eingetretenen Änderungen und Ergänzungen der in Betracht kommenden Gesetze, insbesondere die Bekanntmachung vom 21. Januar 1916, die den Kreis der Unterstützungsberichtigten ausdehnt, die Anordnung über besondere Zuwendungen an Kriegsstilllebenden und die Bekanntmachung vom 28. Dezember 1916 über die Anrechnung von Militärdienstzeiten und die Erhaltung von Unparteilichen in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Die übersichtliche Anordnung des Stoffes setzt jeden in die Lage, sich ohne viel Mühe über jede einschlägige Frage zu unterrichten. Preis der Broschüre 80 P.

**Der 15. Jahrgang der „Sozialen Praxis“**, dieser ausgezeichneten Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus, liegt nun mehr abgeschlossen vor. Wie umfassend die Wochenschrift die Gesamtheit der jetzt geleisteten und zu beginnenden Arbeit im großen und kleinen Stadt, lehrt schon ein Blick auf das Register des nun fertigen Jahrganges 1915, dessen besondere Wichtigkeit für zukünftiges kommunales Schaffen gewiss ist. Das Register ist — zumal für die Kriegsfürsorgearbeit — angelegt, daß der Band als ein auf unzählige Spezialfragen schnell antwortendes Handbuch unentbehrlich ist. Es faßt alles sachlich und alles örtlich Geleistete in besonderen Nebensätzen zusammen. Wer im Kommunalwesentlichen ist oder darin mitwirken will, braucht den Band. Der Verlag der Wochenschrift Bormüller, Berlin hat ihm einen festen sauberem Gebrauchsumschlag gegeben. Bei dieser Gelegenheit sei die Aufforderung nicht unterlassen, der Wochenschrift eifrig neue Leser zu gewinnen. Der Jahresband kostet gebunden M. 14, das Abonnement des neuen Jahrgangs vierjährlich M. 8.

## Ermahnung.

Wie ist das alles so fern, was früher war... Gab's einmal Frieden je, gab's einmal Stille... Alles ist Feindseligkeit und mordender Will... Das rastlose Arbeitervolk ward Kämpferisch.

Zwei Sommer kamen und zwei Winter ins Land, Und wieder wird nah'n ein Frühling unsern Wegen — Wir gingen kämpfend neuen Kämpfen entgegen, Die Zeit zerrann uns unter den Händen wie Sand, Sand und ein Ende sehn, allglückiges Schicksal, führe Den goldenen Tag von eh'mals uns zurück, Brüg' reisende Lehrenfelder unserm Blick, Den friedwärts zieh'nden öffne die Heimatstüre.

Doch wenn du's anders beschlossen — Engel herbei! — Herrgott, man trennt sich ungern von dem und jenen Tag sein, es wird ein bitteres Abschiednehmen! — Dennoch: Kein Schmerzensdruck ins Siegesgeschrei — Die Brust dem Feinde! Hier bin ich, Tod! Es sei!

N. Weiß (im Gelbe) in „Simultänum“.

## Vereinstell.

### Bekanntmachungen.

**Bericht der Hauptklasse vom 27. März bis 1. April** 1916. Eingesandt haben für die Hauptklasse: Erfurt M. 20, Weida 70, Heidelberg 120, Potsdam 81,22, Kaiserslautern 45, Freiburg 50, Neumünster 110, Schwerin 104,05, Berlin 500, Forst 25, Jena 100, Rostock 150, Hildesheim 10, Berlin 4000, Hamburg 1850.

Material wurde versandt (E = Eintrittsmarken, B = Beitragssachen): Berlin 10 000 B à 80 P., 400 B à 100, Dortmund 30 E, Eisenach 10 E, Mainz 5000 B à 100, 400 B à 10, Mannheim 100 B à 10, Weimar 100 B à 100, 100 B à 80, 100 B à 100, 100 B à 120.

Die Woche vom 9. bis 15. April ist die 15. Beitragswoche. D. Wentler, Kassierer

## Jeder Herr,

welcher sich schön Heiden will, verlange  
Pracht-Katalog 16 über wenig getragene  
**Kavaliers-Garderobe**  
vom besten Publikum stammend, zu staunend  
billigen Preisen.

**Anzüge 1- u. 2 reihig Mk. 10-40**

**Ulster und Paletots „ 8-35**

Kein Risiko, da ich für Nichtpassendes

**Geld zurücksende.**

**J. Kalter, München, Tal 19.**  
Versandhaus für Herrengarderobe.



## Ergebnissen

über die

### Lohn- u. Arbeitsverhältnisse im Malerberufe 1912.

Wer sich über die Entwicklung und den Stand der Sozial- und Arbeitsverhältnisse im Malerberufe in Deutschland unterrichten will, tut gut, sich die Statistik des Verbandes anzuschaffen.

Erhalten im Geschäft des Verbandes. Einzelpreis kostet A. 2. Mit gleicher erhalten Versandpreis.

Der heutigen Nummer liegt Nr. 14 des „Correspondenzblattes“ bei.